



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2021

Jahrgang 72 (2021) Heft 3

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2021

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2021

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland zur
Jahresmitte 2021
Jahrgang 72 (2021)**

Heft 3





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Unterschiede zwischen den Ländern werden größer

Boris Blagov, Daniela Grozea-Helmenstein, Florian Kirsch und Klaus Weyerstraß

Kurzfassung	5
Summary	7
1. Überblick.....	9
1.1 Aktuelle Lage	9
1.2 Ausblick	11
1.3 Risiken	13
2. Die Regionen im Einzelnen.....	15
2.1 USA: Kräftiger Aufschwung, erhöhte Inflation.....	15
2.2 Japan: Zunahme der Infektionen dämpft Erholung der Dienstleistungen	18
2.3 Fehlende Impfungen bremsen die Erholung in vielen Schwellenländern	19
2.4 Euro-Raum – Erholung im Dienstleistungsbereich gewinnt an Schwung	22
2.5 Vereinigtes Königreich: Schnelle Erholung vom Rückschlag am Jahresanfang	33
2.6 Mittel- und Osteuropa: starkes Wachstum zu erwarten.....	34
Literatur	36
Kasten Die Erholung im Euro-Raum nach Wirtschaftsbereichen.....	31

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Materialengpässe verzögern die wirtschaftliche Erholung

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Robin Jessen und Philip Schacht

Kurzfassung	37
Summary	39

Inhalt

1. Deutliche wirtschaftliche Erholung im Sommer - trotz erheblicher Belastungen	41
2. Anhaltende Lieferengpässe verzögern die konjunkturelle Erholung.....	43
2.1 Produktion erholt sich weiter mit zwei Geschwindigkeiten	48
2.2 Außenhandel lässt Corona-Krise allmählich hinter sich.....	49
2.3 Erholung der Anlageinvestitionen verzögern sich weiter	50
2.4 Kräftige Erholung des privaten Konsums	53
2.5 Staatskonsum normalisiert sich.....	53
2.6 Arbeitsmarkt steht vor Normalisierung.....	56
2.7 Tarifföhne ausgebremst.....	58
2.8 Vorübergehend kräftiger Preisanstieg	62
2.9 Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum restriktiv	63
2.10 Risiken	65
Literatur	66
Anhang	68
Kasten 1: Zur Entwicklung der Corona-Pandemie	46
Kasten 2: Vorübergehend kräftiger Anstieg der Inflation	59

Boris Blagov, Daniela Grozea-Helmenstein, Florian Kirsch und Klaus Weyerstraß

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Unterschiede zwischen den Ländern werden größer¹

Kurzfassung: Die Erholung der Weltwirtschaft von der pandemiebedingten Rezession setzt sich fort. Insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurden vor dem Hintergrund der Impffortschritte vielerorts Eindämmungsmaßnahmen gelockert und die Wirtschaftsaktivität auch in den zuvor eingeschränkten Dienstleistungsbereichen ausgeweitet. Gleichzeitig wird die Wirtschaftsentwicklung, nicht zuletzt in den USA, durch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Maßnahmen unterstützt. Im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Erholung schon weiter vorangeschritten ist, dämpften zuletzt allerdings Lieferengpässe bei Vorprodukten und stark gestiegene Transportkosten und Rohstoffpreise die Produktion. Da in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern der Anteil der Geimpften an der Bevölkerung bislang noch sehr gering ist, besteht insbesondere dort weiterhin das Risiko von starken Anstiegen der Infektionszahlen, deren Auswirkungen die wirtschaftliche Erholung der betroffenen Länder zunächst noch deutlich bremsen.

Für den Prognosezeitraum ist für die Weltwirtschaft alles in allem ein starkes Wachstum zu erwarten. Mit fortschreitender Erholung der Wirtschaft dürfte die Dynamik dabei im Verlauf nachlassen. Nach 6,0% im laufenden Jahr, ist für das BIP im kommenden Jahr ein Anstieg um 4,6% zu erwarten, bevor das Wachstum im Jahr 2023 auf 3,0% zurückgehen dürfte. Im Einklang damit dürfte der Welthandel in diesem Jahr noch eine sehr hohe Zuwachsrate aufweisen, bevor sich auch hier die Dynamik spürbar verlangsamt. Nicht zuletzt die stark gestiegenen Preise für Energie und Rohstoffe tragen dazu bei, dass die Inflationsraten im laufenden Jahr vielerorts deutlich erhöht sind. Mit dem Auslaufen der Basiseffekte, die sich durch das niedrige Vergleichsniveau in der ersten Phase der Pandemie ergeben, und dem Abbau pandemiebedingter Verwerfungen in den Produktions- und Lieferketten dürfte die Preisdynamik im Verlauf des Prognosezeitraums jedoch wieder spürbar abnehmen. Allerdings stellen anhaltend erhöhte Inflationsraten ein Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dar, weil Notenbanken sich zu einer vorzeitigen geldpolitischen Straffung gezwungen sehen könnten.

¹ Abgeschlossen am 16.9.2021, diese Version: aktualisiert am 30.9.2021. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Wir danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung, Christoph M. Schmidt und Torsten Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung und Matthias Gaehl.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021 ^p	2022 ^p	2023 ^p
Bruttoinlandsprodukt¹			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	5,3	4,3	2,0
Euro-Raum	5,5	4,6	2,1
USA	5,8	4,4	2,0
Schwellenländer	7,2	5,0	4,6
China	8,3	5,3	5,1
Insgesamt²	6,0	4,6	3,0
Insgesamt in Kaufkraftparitäten	6,1	4,8	3,4
Verbraucherpreise			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	3,0	2,4	1,7
Euro-Raum	2,1	1,7	1,4
USA	4,3	3,1	2,0
Schwellenländer	3,0	3,2	2,9
China	0,9	1,7	2,0
Insgesamt²	3,0	2,7	2,1
Welthandel³	10,8	3,6	3,0
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁴	69,0	69,9	66,0
Dollarkurs (\$/€)⁴	1,19	1,18	1,18

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD, des IWF, des CPB, von Eurostat und nationalen Statistikämtern. - ^pPrognose. - ¹Real. - ²Gewichteter Durchschnitt der für diesen Bericht prognostizierten Länder. - ³Nach Definition des CPB. - ⁴Jahresdurchschnitte.

Summary: *The global economy continues to recover from the recession caused by the pandemic. Following the vaccination progress, many advanced economies have eased the containment measures leading to a recovery in the previously restricted service sector. At the same time, economic activity, not least in the USA, is being supported by extensive monetary and fiscal policy measures. In the manufacturing sector, where the recovery is already on track, however, supply bottlenecks for primary products and sharply increased prices for raw materials and transport have recently dampened production. As the proportion of vaccinated people in the population is still very low in many emerging and developing countries, there is still a risk of a sharp increase in the infection figures, the effects of which will initially slow down the economic recovery of the countries concerned.*

Nevertheless, the world economy is expected to expand very strongly in the forecast period. As the economic recovery progresses, the momentum is likely to weaken over time. After 6.0% this year, GDP is expected to increase by 4.6% in the next before growth declines to 3.0% in 2023. In line, world trade should still exhibit a very high growth rate this year before the momentum slows down noticeably as well. The sharp rise in prices for energy and raw materials is contributing to significantly higher inflation rates in many regions this year. However, as the base effects resulting from the low comparative level during the first phase of the pandemic fade out and pandemic-related distortions in the production and supply chains are reduced, price dynamics are likely to slow down noticeably once more over the course of the forecast period. However, persistently high inflation rates pose a risk to further economic development, as central banks could be forced to tighten monetary policy prematurely.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

International Forecast

2021 to 2023; changes over the previous year, %

	2021 ^f	2022 ^f	2023 ^f
Gross Domestic Product¹			
Advanced Economies	5.3	4.3	2.0
Euro Area	5.5	4.6	2.1
USA	5.8	4.4	2.0
Developing Countries	7.2	5.0	4.6
China	8.3	5.3	5.1
Total²	6.0	4.6	3.0
Total in Purchasing Power Parities²	6.1	4.8	3.4
Consumer Prices			
Advanced Economies	3.0	2.4	1.7
Euro Area	2.1	1.7	1.4
USA	4.3	3.1	2.0
Developing Countries	3.0	3.2	2.9
China	0.9	1.7	2.0
Total²	3.0	2.7	2.1
World trade³	10.8	3.6	3.0
Oil price (Brent, \$/b)⁴	69.0	69.9	66.0
Dollar exchange rate (\$/€)⁴	1.19	1.18	1.18

RWI calculations based on OECD, IMF, Eurostat, CPB and national data. – ^fForecast. – ¹In constant prices. – ²Weighted average of the countries forecasted in this report. – ³According to CPB data. – ⁴Annual averages.

1. Überblick

1.1 Aktuelle Lage

Im Sommer 2021 setzt die Weltwirtschaft ihren Erholungskurs fort. Die Unterschiede zwischen den Ländern werden jedoch größer. In den Industrieländern hat die Impfung gegen das Coronavirus große Fortschritte gemacht, so dass seit dem Frühjahr die Infektionsschutzmaßnahmen weitgehend gelockert werden konnten. Zudem unterstützten viele Länder, allen voran die USA, die Erholung mit erheblichen öffentlichen Ausgaben. Dagegen sind in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern bisher nur kleine Teile der Bevölkerung geimpft, so dass es immer wieder zu neuen Pandemiewellen kommt. Als Folge werden temporär die Infektionsschutzmaßnahmen verschärft, oder es werden freiwillig kontaktintensive wirtschaftliche Aktivitäten eingeschränkt.

In den Industrieländern erlaubten die Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen eine kräftige Erholung der Dienstleistungsbereiche. Davon wurden etwa die Gastronomie und der Tourismus begünstigt, was sich in steigenden Passagierzahlen im Flugverkehr und in höheren Zahlen ausländischer Touristen zeigt. Gleichwohl ist die Zahl der Urlauber noch immer deutlich niedriger als vor Ausbruch der Pandemie. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass vielerorts nach wie vor Beschränkungen wie Quarantänepflicht für Reiserückkehrer oder strenge Einreiseregeln bestehen. Im verarbeitenden Gewerbe verlor der Aufschwung zuletzt etwas an Kraft. Dies zeigt sich darin, dass sich die globale Industrieproduktion gemäß Daten des CPB seit Jahresbeginn seitwärts bewegt.

Hier machten sich wohl insbesondere die Verwerfungen bei den globalen Wertschöpfungsketten sowie der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise und der Transportkosten bemerkbar. Die Lieferprobleme bei Vorleistungen und Zwischenprodukten wie elektronischen Bauteilen dürften einerseits mit der globalen Konjunkturerholung zu tun haben. Andererseits kam es insbesondere zu Beginn der Pandemie, als etwa in der Automobilindustrie die Produktion zeitweise unterbrochen war, zu Umlenkungen elektronischer Bauteile zu anderen Produkten. Angesichts der ebenfalls hohen Nachfrage nach diesen Waren wurden diese Umlenkungen bisher nicht in vollem Umfang rückgängig gemacht, so dass die Bauteile nun in manchen Sektoren fehlen.

In den Schwellenländern verlief die Entwicklung uneinheitlich. In China verlor der Aufschwung monatlich verfügbaren Indikatoren zufolge etwas an Fahrt, unter anderem weil sich die Exportnachfrage normalisierte, nachdem die chinesische Industrie in der Pandemie von der starken Nachfrage nach medizinischen Produkten und Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie Rückenwind erhalten hatte. In den Dienstleistungen machte sich bemerkbar, dass die chinesischen Behörden auf

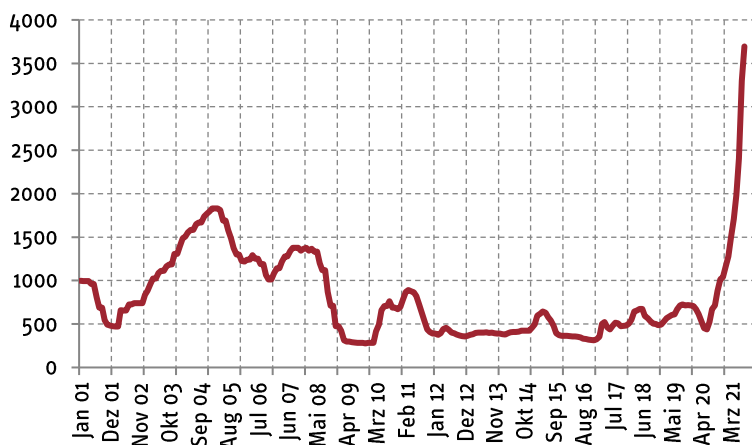
Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

neue Corona-Ausbrüche mit strengen Eindämmungsmaßnahmen reagierten. In Indien bremsten im Frühjahr Infektionsschutzmaßnahmen als Reaktion auf eine neue Corona-Welle die Erholung. Inzwischen wurden die Maßnahmen wieder weitgehend aufgehoben. In Lateinamerika erhielten Brasilien von der hohen globalen Rohstoffnachfrage und Mexiko von der starken Konjunktur in den USA starke Impulse. In Argentinien hingegen bremsen pandemiebedingte Mobilitätseinschränkungen und die hohe Inflation die Erholung.

Die Probleme in den Lieferketten sind neben der kräftigen Nachfrage auch auf Verzögerungen bei der Abfertigung von Containerschiffen zurückzuführen. So wurde im Juli nach einem Corona-Ausbruch ein Terminal des zweitgrößten Containerhafens in China geschlossen. Dadurch wurden viele Schiffe verzögert abgefertigt oder mussten auf andere Häfen umgeleitet werden, was zum einen die Transportwege verlängerte und zum anderen in den betroffenen Häfen aufgrund des höheren Schiffsaufkommens zu Verzögerungen führte. Auch befinden sich zum Teil Container an Orten, an denen sie nicht benötigt werden, während andernorts Container fehlen. Die Verwerfungen in den Lieferketten resultieren nicht nur unmittelbar in längeren Lieferzeiten, sondern auch in stark gestiegenen Frachtraten. So befindet sich der Harpex-Index, ein Indikator für Container-Frachtraten, auf einem Rekord-Hoch (Schaubild 1).

Schaubild 1
Harpex-Index für Schiffscontainer-Frachtraten

Index, Jan. 2001 = 1000



Quelle: Macrobond.

Ebenso sind die Preise für Rohöl und andere Rohstoffe nach ihrem krisenbedingten Einbruch im vergangenen Jahr stark gestiegen. So waren gemäß Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) im August 2021 die Energiepreise rund zweieinhalb Mal so hoch wie auf dem pandemiebedingten Tiefpunkt im April 2020. Sie sind auch deutlich höher als vor der Krise. Im Vergleich zum Dezember 2019 war der IWF-Energiepreisindex im August 2021 rund 40% höher. Bei den Preisen für Industrierohstoffe zeigt sich ein ähnliches Bild, auch wenn hier die Preise im Monatsvergleich zuletzt leicht gesunken sind. Dennoch war der IWF-Index der Metallpreise im August um rund 62% höher als Ende 2019. Einige Metallpreise, etwa jene für Kupfer, Eisenerz und Zinn, befinden sich aktuell auf oder in der Nähe ihrer Rekordniveaus.

Sowohl die steigende Nachfrage im Zuge der wirtschaftlichen Erholung als auch angebotsseitige Faktoren spielen für die aktuelle Rohstoffpreisentwicklung eine Rolle (Schmidt et al., 2021). So waren wegen der Corona-Pandemie etwa Rohstoffminen zeitweise geschlossen. Mehrere Analysen (z.B. Weltbank, 2021) kommen zu dem Ergebnis, dass gegenwärtig vor allem nachfrageseitige Faktoren die Rohstoffpreisentwicklung bestimmen. Dies deckt sich mit früheren Ergebnissen von Delle Chiaie et al. (2017), wonach die Dynamik der Rohstoffpreise vor allem durch einen globalen Faktor getrieben wird, der stark mit dem globalen Konjunkturzyklus korreliert ist und somit nachfrageseitige Faktoren für die Rohstoffpreisentwicklung widerspiegeln dürfte.

Die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe hat dazu geführt, dass das Volumen des Welthandels mit Waren bereits im November 2020 das Vorkrisenniveau von Ende 2019 überschritten hatte. Getrieben wird die Entwicklung vor allem von China, Japan sowie Mittel- und Osteuropa. Im Euro-Raum hinkt die Dynamik des Außenhandels noch hinterher, und in Großbritannien wirkt der Austritt aus der EU und aus dem Europäischen Binnenmarkt nach. Im zweiten Quartal verlor das Wachstum des Welthandels merklich an Schwung. So war das Handelsvolumen im Frühjahr nur um 1,3% höher als im ersten Quartal. Darin kommen wohl die Verzögerungen bei der Abfertigung in chinesischen Häfen zum Tragen, was in den kommenden Wochen auch in Europa zu spüren sein wird (RWI, 2021).

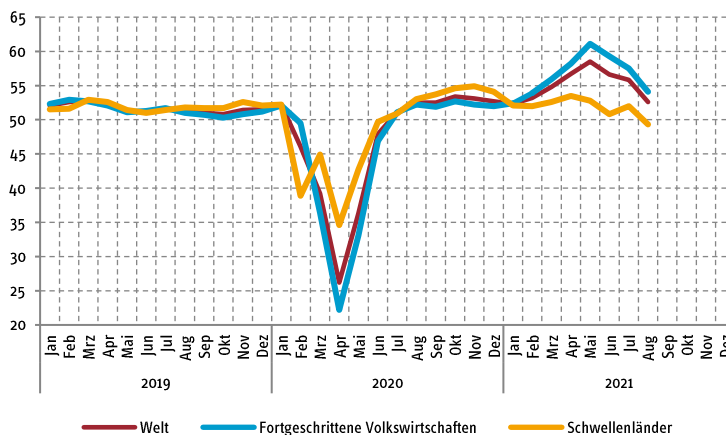
1.2 Ausblick

Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Erholung. Monatlich verfügbare Indikatoren, etwa zur Industrieproduktion und zur Stimmung von Verbrauchern und Unternehmen, stützen diese Einschätzung. So befinden sich die Einkaufsmanagerindizes weltweit auf hohen Niveaus (Schaubild 2). Dabei bestehen Unterschiede zwischen den Industrieländern und den Schwellenländern. Diese Heterogenität dürfte im Prognosezeitraum fortbestehen. So dürften aufgrund des Fortschritts der Impfkampagnen in den Industrieländern keine

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

flächendeckenden Shutdowns mehr notwendig sein. Die zuletzt in vielen Ländern, so auch in der Europäischen Union (EU), wieder steigenden Zahlen von Neuinfektionen und die Reaktionen der Politik darauf legen die Erwartung nahe, dass im Prognosezeitraum allenfalls begrenzte Infektionsschutzmaßnahmen getroffen werden müssen. So könnten Restriktionen räumlich beschränkt sein oder nur Personen betreffen, die nicht bereits genesen oder vollständig durch Impfungen immunisiert sind. Die Erholung in den Dienstleistungsbereichen sollte sich daher fortsetzen. Die Probleme in den globalen Lieferketten dürften allmählich überwunden werden. Damit sollte auch der Aufschwung in der Industrie anhalten. Zudem ist in vielen Industrieländern die Fiskalpolitik noch expansiv ausgerichtet. Dies trifft vor allem auf die USA zu, aber auch in der EU dürfte mit dem Anlaufen der Zahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Kernstück des Aufbauplans „NextGenerationEU“, die Fiskalpolitik die Konjunktur weiterhin stützen. Allmählich dürfte der fiskalpolitische Expansionsgrad aber verringert werden. Auch die Geldpolitik wird voraussichtlich spätestens ab dem Jahr 2023 in vielen Ländern gestrafft werden.

Schaubild 2
Einkaufsmanagerindizes weltweit
Januar 2019 bis August 2021



Quellen: IHS Markit, Macrobond.

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2021 ^p	2022 ^p	2023 ^p	2021 ^p	2022 ^p	2023 ^p
EU-27	5,3	4,5	2,3	2,2	1,8	1,5
Euro-Raum ¹	5,5	4,6	2,1	2,1	1,7	1,4
Vereinigtes Königreich	6,7	5,3	2,1	2,2	2,9	2,0
USA	5,8	4,4	2,0	4,3	3,1	2,0
China	8,3	5,3	5,1	0,9	1,7	2,0
Japan	2,1	2,7	1,3	-0,1	0,9	0,8
Ostasien ²	4,0	3,8	3,8	2,1	2,1	1,9
Indien	8,3	8,2	6,1	5,2	5,0	4,1
Lateinamerika ²	6,1	2,9	1,9	12,9	10,8	7,9
Insgesamt	6,0	4,6	3,0	3,0	2,7	2,1
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	5,3	4,3	2,0	3,0	2,4	1,7
Schwellenländer	7,2	5,0	4,6	3,0	3,2	2,9

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat, des IWF, und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2020. - ^pPrognose. - ¹Für Details siehe Tabelle 5. - ²Für Details siehe Tabelle 3.

In vielen Schwellenländern dürfte es angesichts des geringen Impffortschritts immer wieder zu neuen Pandemiewellen kommen. Selbst wenn die Regierungen darauf nicht mit strengen Infektionsschutzmaßnahmen reagieren sollten, dürften Verhaltensanpassungen der Bevölkerung die Entwicklung in den kontaktintensiven Dienstleistungen behindern.

Der Welthandel sollte weiterhin expandieren, allerdings zunächst nur verhalten. In den kommenden Monaten werden die Verzögerungen bei der Abfertigung von Containerschiffen den Warenhandel noch bremsen. Mit der erwarteten Normalisierung der globalen Lieferketten dürfte der Welthandel jedoch allmählich wieder mehr Dynamik entfalten.

1.3 Risiken

Nach wie vor dominiert die Corona-Pandemie die Konjunkturrisiken. Sollten sich neue Virusvarianten bilden, die gegen die bestehenden Impfstoffe resistent sind, würde dies dem weltwirtschaftlichen Aufschwung voraussichtlich einen herben Dämpfer versetzen. Die Gefahr des Entstehens neuer Virusmutanten ist umso größer,

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

je länger es dauert, bis der überwiegende Teil der Weltbevölkerung vollständig immunisiert ist.

Sollten die Probleme in den globalen Lieferketten länger bestehen bleiben als hier unterstellt, würde dies den Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe bremsen. Ein weiteres Risiko stellt der Rohstoffpreisanstieg dar. Sollte er nicht primär nachfragebedingt sein, sondern den Beginn eines neuen Superzyklus markieren, ist die Gefahr groß, dass er sich verfestigt. Einige Rohstoffexperten sehen diese Möglichkeit in der bereits vor der Corona-Pandemie begonnen Digitalisierung begründet, die durch die Pandemie verstärkt wurde. Auch der Trend hin zu mehr Elektromobilität könnte zu einer strukturell höheren Nachfrage nach einigen Rohstoffen führen. Damit könnte die aktuelle Preisentwicklung den Beginn eines länger andauernden Anstiegs der Preise für einige Metalle markieren (Wellenreuther, 2021). Ein sich verfestigender Anstieg von Rohstoffpreisen könnte in einer Lohn-Preis-Spirale münden. In dem Maße, in dem dadurch die Inflationserwartungen steigen, könnten sich die Notenbanken gezwungen sehen, früher als beabsichtigt die geldpolitischen Zügel anzuziehen. Dies würde den weltwirtschaftlichen Aufschwung bremsen.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass der globale Aufschwung stärker als hier unterstellt verläuft. So wurden in vielen Ländern während der Shutdowns aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten erhebliche Sparpolster aufgebaut. Sollten diese schneller als angenommen abgebaut werden, würde dies dem privaten Konsum zusätzlichen Schub verleihen. Allerdings würde dies auch ein Aufwärtsrisiko für die Inflation darstellen. Weiteres Potenzial für eine kräftigere Erholung ergibt sich durch mögliche höhere Nachfragewirkungen der expansiven US-Fiskalpolitik sowie dann, wenn es gelingt, die Corona-Pandemie weltweit schnell und nachhaltig unter Kontrolle zu bringen, etwa durch rascher voranschreitende Impfkampagnen.

2. Die Regionen im Einzelnen

2.1 USA: Kräftiger Aufschwung, erhöhte Inflation

Die Erholung der US-amerikanischen Wirtschaft hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres fortgesetzt. Im zweiten Quartal übertraf das BIP bereits das vor der pandemiebedingten Rezession erreichte Niveau aus dem vierten Quartal 2019. Während sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbesserte, kam es zu deutlichen Preisanstiegen bei Rohstoffen und Vorprodukten sowie auf der Verbraucherebene. Neben Angebotsengpässen auf den Güter- und Arbeitsmärkten könnte in der zweiten Jahreshälfte der erneute starke Anstieg der Corona-Neuinfektionen die wirtschaftliche Dynamik bremsen. Hierbei spielen die Ausbreitung der Delta-Variante des Virus, eine trotz des anfänglich hohen Impftempos zu geringe Impfquote und merklich gelockerte Eindämmungsmaßnahmen eine Rolle. Dagegen dürften die Geld- und die Fiskalpolitik weiter stützend wirken.

Mit Quartalswachstumsraten von 1,5% bzw. 1,6% stieg das US-BIP in den ersten beiden Quartalen des Jahres kräftig. Hierzu trug insbesondere der private Konsum bei. Der Wachstumsbeitrag der Anlageinvestitionen ging hingegen zurück. Ein Grund hierfür war, dass es im zweiten Quartal zu einem Rückgang der Bauinvestitionen kam. Gleichzeitig lieferten die Lagerveränderungen in der ersten Jahreshälfte negative Wachstumsbeiträge. Nachdem die Exporte im ersten Quartal gesunken waren, stiegen sie im zweiten Quartal wieder spürbar an. Angesichts des anhaltenden Anstiegs der Importe war der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum jedoch in beiden Quartalen negativ. Nach einem starken Anstieg der staatlichen Ausgaben für Konsum und Investitionen im ersten Quartal war im zweiten Quartal ihr Wachstumsbeitrag zum BIP ebenfalls negativ.

In Anbetracht der erneut stark gestiegenen Infektionszahlen dürfte die Pandemie weiterhin einen bestimmenden Einfluss auf die ökonomische Entwicklung haben. Bei den privaten Konsumausgaben zeigt sich, wie sehr es vor diesem Hintergrund zu Verschiebungen kommen kann, die sich nur zum Teil in der aggregierten Wirtschaftsleistung widerspiegeln. So haben die preisbereinigten privaten Konsumausgaben in den USA bereits im März dieses Jahres das Vorkrisenniveau aus dem Februar 2020 übertroffen (Schaubild 3). Dabei war insbesondere beim Konsum von langlebigen Gütern im Frühjahr ein Boom zu verzeichnen. So lag dieser im März fast 35% über dem Vorkrisenniveau.

Neben Nachholeffekten und fehlenden Gelegenheiten für Ausgaben für Dienstleistungen dürfte hierbei nicht zuletzt die Auszahlung staatlicher Transferzahlungen an die privaten Haushalte zur Konjunkturstützung einen merklichen Einfluss gehabt haben. Der seither verzeichnete Rückgang des Konsums von Waren dürfte somit auch

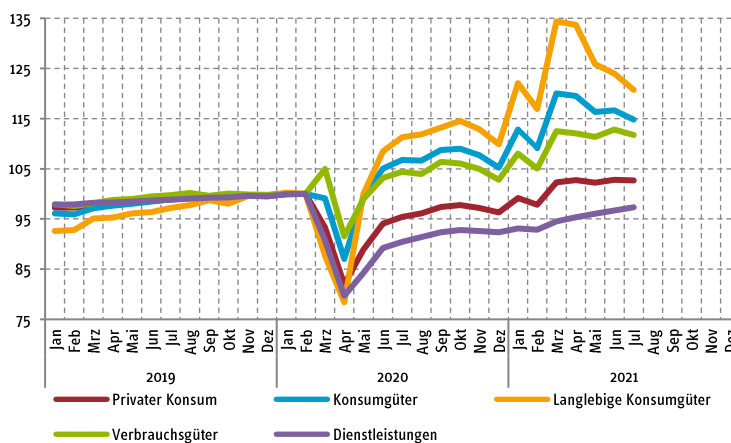
Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

eine gewisse Normalisierung der Entwicklung darstellen. Die Nachfrage nach Dienstleistungen, die im Jahr 2020 rund zwei Drittel der Konsumausgaben ausmachte, lag dagegen angesichts der pandemiebedingten Einschränkungen noch fast 3% unter dem Vorkrisenniveau.

Schaubild 3

Reale Private Konsumausgaben in den USA nach Produkttyp

Februar 2020=100



Quellen: BEA, Macrobond, eigene Berechnungen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung hat sich die Inflation in den USA deutlich verstärkt. Nach dem zwischenzeitlichen Rückgang des Verbraucherpreisindex (VPI) während der Rezession im Frühjahr 2020 beschleunigte sich der Preisanstieg im bisherigen Jahresverlauf deutlich. Gemessen an Vorjahresraten erreichte die Inflation in den Monaten Mai bis August Werte von 5% und mehr (Schaubild 4). Einen wesentlichen Anteil daran haben die Energiepreise. Während diese noch bis zum Jahresanfang einen dämpfenden Einfluss hatten, führt der Anstieg nach dem pandemiebedingten Einbruch nun zu deutlich positiven Beiträgen zur Inflationsrate.

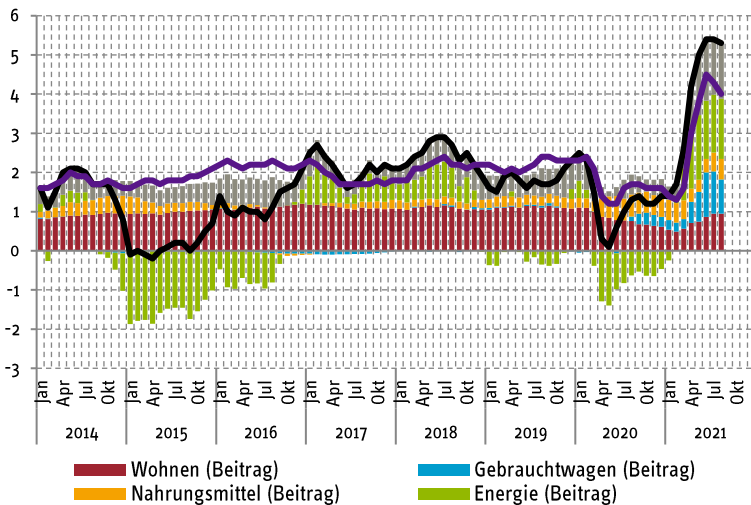
Gleichzeitig kam es zu außergewöhnlichen Entwicklungen bei den Preisen für einzelne Güter. So machte sich etwa der Anstieg der Preise für Gebrauchtwagen deutlich in der Entwicklung des Gesamtindex bemerkbar. Während sich bei diesen Komponenten der Anstieg zuletzt verlangsamt hat und ihre Beiträge zur Inflation zukünftig zurückgehen dürften, könnten diejenigen anderer Komponenten, wie etwa der Ausgaben für das Wohnen, die in den vergangenen Monaten nur unterdurchschnittliche Beiträge zur Inflation geliefert haben, künftig wieder ansteigen. Gleichzeitig könnten

anhaltende Lieferengpässe bei einigen Gütern und eine bessere Lage am Arbeitsmarkt steigende Preise nach sich ziehen.

Schaubild 4

Entwicklung des Verbraucherpreisindex in den Vereinigten Staaten

Veränderung zum Vorjahr in %, Beiträge der Komponenten in %-Punkten



Quellen: BLS, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die Arbeitslosenquote ging im bisherigen Jahresverlauf weiter zurück. Nachdem sie im vergangenen Jahr bereits von ihrem Hochpunkt von 14,8% im April auf 6,7% im Dezember gesunken war, erreichte sie im August 5,2%. Damit liegt sie aber noch merklich über dem Niveau des Vorkrisentiefpunkts von 3,5%, das zuletzt im Februar 2020 erreicht wurde. Auch die Beschäftigung liegt noch deutlich unter ihrem Vorkrisenniveau. Gleichzeitig nahm jedoch die Zahl der offenen Stellen kräftig zu. Der erneute starke Anstieg der Corona-Infektionszahlen könnte den Beschäftigungsaufbau in von der Pandemie stark betroffenen Branchen dämpfen. Dagegen könnte das Auslaufen der zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung auf der Bundesebene den Druck auf bislang arbeitslose Personen erhöhen, eine Beschäftigung aufzunehmen.

Die US-Notenbank betont die wahrscheinlich temporäre Natur der starken Preisanstiege und hält bislang - auch angesichts der noch nicht vollständigen Erholung am Arbeitsmarkt und bestehender Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung - an ihrer expansiven Geldpolitik mit niedrigen Leitzinsen und massiven Anleihekäufen fest. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die geldpolitische Stützung der

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Wirtschaft jedoch zurückgeführt werden. Seitens der Fiskalpolitik stärken die umfassenden Maßnahmenpakete zur Konjunkturstützung das Wachstum zunächst noch deutlich, bevor gegen Ende des Prognosezeitraums das Nachlassen der Expansionswirkung das Wachstum etwas dämpfen dürfte. Wie in früheren Jahren könnte die im Herbst anstehenden Entscheidung über die nötige Anhebung der Schuldengrenze des Bundes zu Unsicherheit führen.

Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einem Anstieg des BIP um 5,8% zu rechnen. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Wachstumsraten dann merklich zurückgehen und in den Jahren 2022 und 2023 bei 4,4% beziehungsweise 2,0% liegen. Die Verbraucherpreisinflation dürfte in diesem Jahr mit 4,3% den Zielwert von 2% deutlich überschreiten, bevor sie in den kommenden Jahren mit dem Auslaufen der pandemiebedingten Sonder- und Basiseffekte wieder spürbar geringer ausfallen dürfte.

2.2 Japan: Zunahme der Infektionen dämpft Erholung der Dienstleistungen

In Japan entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte nur schwach. Saisonbereinigt stieg das BIP nach einem Rückgang um 1,1% im ersten Quartal im zweiten Quartal lediglich um 0,5%. Zu dieser schwachen Entwicklung dürfte beigetragen haben, dass es in Japan im laufenden Jahr wiederholt zu deutlichen Anstiegen der Infektionszahlen kam. Nachdem die Anzahl der registrierten Neuinfektionen im Januar einen vorläufigen Höchststand erreicht hatte und zunächst wieder zurückgegangen war, stieg sie im zweiten Quartal erneut deutlich. Nach einem zwischenzeitlichen Absinken erreichte sie dann schließlich im August nach den Olympischen Spielen einen neuen Höchststand. Das erhöhte Ansteckungsrisiko und die in Reaktion darauf verhängten Eindämmungsmaßnahmen dürften den privaten Konsum, insbesondere in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen, spürbar gedämpft haben.

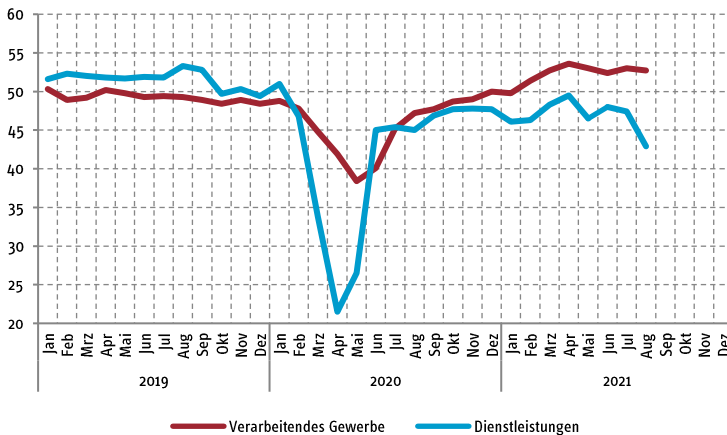
Stimmungsindikatoren zeigen seit dem Winter ein zweigeteiltes Bild (Schaubild 5). Der Einkaufsmanagerindex im Dienstleistungsbereich konnte die Expansionsschwelle von 50 Punkten seit dem Einbruch im vergangenen Jahr noch nicht wieder überwinden. Vielmehr kam es im August vor dem Hintergrund der starken Ausbreitung des Coronavirus und der Ausweitung der Eindämmungsmaßnahmen erneut zu einem deutlichen Rückgang. Dagegen liegt der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe seit Februar über der Schwelle von 50 Punkten. Trotz Lieferengpässen und Risiken durch erhöhte Infektionszahlen in Japan und anderen asiatischen Ländern deutet sich in diesem Bereich somit weiterhin eine positive Entwicklung an. Nachdem Japan bei den Impfungen zunächst deutlich hinter anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückgeblieben war, ist seit Ende Mai zudem ein recht hohes

Impftempo zu verzeichnen. Dies sollte helfen, die Auswirkungen der Pandemie künftig einzudämmen.

Schaubild 5

Japan: Einkaufsmanagerindex

Index, September 2018 bis August 2019



Quellen: IHS Markit, Macrobond.

Insgesamt dürfte das BIP im laufenden Jahr um 2,1% gegenüber dem Vorjahr steigen. Für die Jahre 2022 und 2023 sind dann Wachstumsraten von 2,7% beziehungsweise 1,3% zu erwarten. Die Inflation dürfte trotz der stark gestiegenen Energiepreise relativ gering bleiben. Nach -0,1% im laufenden Jahr dürfte sie auf 0,8% beziehungsweise 0,9% steigen.

2.3 Fehlende Impfungen bremsen die Erholung in vielen Schwellenländern

In **China** hat die Volkswirtschaft im ersten Halbjahr 2021 weiter expandiert. Wie erwartet ging das Wachstumstempo dabei nach der bereits im Vorjahr verzeichneten starken Erholung vom pandemiebedingten Einbruch wieder etwas zurück. Gemessen in Vorjahresraten waren die Anstiege des BIP allerdings gegenüber der niedrigen Ausgangsbasis im Frühjahr 2020 mit 18,3% beziehungsweise 7,9% im ersten und im zweiten Quartal sehr hoch. Über den Sommer kam es wieder vermehrt zu Infektionsfällen, auf die mit umfassenden Eindämmungsmaßnahmen reagiert wurde. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich die Stimmung im Dienstleistungsbereich deutlich eingetrübt hat. So sank der Caixin-Einkaufsmanagerindex im August auf 46,7 Punkte, nachdem er im Juli noch bei 54,9 gelegen hatte.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Auch im Verarbeitenden Gewerbe sank der Index vor dem Hintergrund von pandemiebedingten Störungen von Produktion und Lieferketten mit 49,2 Punkten unter die Schwelle von 50. Durch die global integrierten Wertschöpfungsketten können die Störungen in China Rückwirkungen auf die Produktion in der übrigen Welt haben. Gelingt es, die Pandemie weiter einzudämmen, dürfte sich das Wachstum wieder festigen, wenn die binnenwirtschaftlichen Aktivitäten weiter ausgeweitet werden und die Erholung bei wichtigen Handelspartnern die Exporte stärkt. Nach einem hohen Jahreswachstum von 8,3% im laufenden Jahr dürfte sich das BIP-Wachstum in den kommenden Jahren jedoch weiter verlangsamen. Dieser Trend war bereits vor Ausbruch der Pandemie zu beobachten.

Die Entwicklung in den weiteren **asiatischen Volkswirtschaften** fällt recht heterogen aus. Industrieländer wie Südkorea und Taiwan konnten die Infektionen relativ erfolgreich eindämmen und erhielten gleichzeitig Rückenwind von der starken globalen Nachfrage nach den dort produzierten Gütern. Dementsprechend lag das BIP in Südkorea bereits seit dem ersten Quartal über dem Vorkrisenniveau. In Taiwan wird dieses schon seit dem dritten Quartal 2020 deutlich übertroffen. Mit einer Normalisierung des Wachstums der globalen Güternachfrage dürfte sich das Wachstumstempo hier wieder etwas verlangsamen.

Dagegen sind in den Schwellenländern der Region wie Malaysia, den Philippinen und Thailand in diesem Jahr die registrierten Infektionszahlen und die Todesfälle stark angestiegen. Insbesondere in den beiden letztgenannten Ländern liegt das BIP noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Gleichzeitig ist dort der Impffortschritt gering. Die starke Ausbreitung des Coronavirus behindert die binnenwirtschaftliche Aktivität und verhindert gleichzeitig, dass etwa der für diese Länder sehr bedeutende internationale Tourismus wieder an Fahrt gewinnt.

Nachdem sich das BIP in **Indien** bereits im zweiten Halbjahr 2020 deutlich vom tiefen Einbruch im vergangenen Frühjahr erholt hatte und im ersten Quartal dieses Jahres weiter zulegen konnte, kam es im zweiten Quartal aufgrund einer starken Infektionswelle zu einem erneuten Einbruch des BIP. Dieser war zwar nicht so tief wie im Vorjahr, so dass gegenüber dem Vorjahresquartal ein hohes Wachstum von rund 20% zu verzeichnen war. Gegenüber dem Vorquartal kam es jedoch zu einem saisonbereinigten Rückgang um gut 10%. Im zweiten Halbjahr dürfte sich die Wirtschaftsleistung angesichts deutlich gesunkener Fallzahlen wieder spürbar erholen. So sind die Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und das Verarbeitende Gewerbe nach einem Tiefpunkt im Juni wieder deutlich angestiegen und signalisieren nun wieder ein kräftiges Wachstum.

In **Lateinamerika** liegen die Impfquoten ebenfalls noch deutlich unter denjenigen in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, und die Belastung durch erneute

Pandemiewellen ist weiterhin sehr hoch. So war etwa Brasilien im Frühjahr von einem starken Anstieg der registrierten Infektionen und Todesfälle betroffen. Etwas später kam es auch in Argentinien zu einer neuen Infektionswelle. In Brasilien lag das BIP in der ersten Jahreshälfte in etwa auf dem Vorkrisenniveau, allerdings war im zweiten Quartal ein leichter Rückgang zu verzeichnen. In Mexiko und Argentinien wurde das Vorkrisenniveau nach den bislang vorliegenden Zahlen noch nicht wieder erreicht.

Angesichts des geringen Impftempos dürfte die Pandemie bestimmend für die weitere Entwicklung bleiben und insbesondere in den Dienstleistungsbereichen weiterhin eine dämpfende Wirkung auf die Erholung haben. Dagegen können rohstoffexportierende Länder wie Brasilien vom globalen Preisanstieg profitieren, sofern es nicht pandemiebedingt zu größeren Produktionseinschränkungen kommt. Mexiko erhält von der expansiven Fiskalpolitik der USA starke Impulse.

Tabelle 3
Reales BIP und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P
China¹	8,3	5,3	5,1	0,9	1,7	2,0
Ostasien²	4,0	3,8	3,8	2,1	2,1	1,9
Korea	4,1	3,1	2,4	2,4	2,1	1,6
Indonesien	2,5	4,4	5,6	1,6	2,6	2,8
Taiwan	5,8	1,9	2,4	1,8	1,4	1,2
Thailand	1,2	5,5	4,9	0,7	1,4	1,4
Hong Kong	7,4	3,4	2,9	1,8	1,8	2,0
Singapur	6,7	2,9	2,0	2,0	1,2	0,8
Malaysia	2,9	5,6	5,9	2,2	2,4	2,1
Philippinen	3,7	6,2	6,1	4,6	3,9	3,3
Indien	8,3	8,2	6,1	5,2	5,0	4,1
Lateinamerika	6,1	2,9	1,9	12,9	10,8	7,9
Brasilien	5,6	2,3	2,0	7,6	5,1	3,3
Mexiko	6,6	3,7	1,8	5,4	3,9	3,2
Argentinien	6,5	3,2	1,7	53,7	50,9	38,3
Russland	4,0	2,8	2,3	5,9	4,6	4,0

Eigene Berechnungen nach nationalen Angaben. - ¹Ohne Hong Kong. - ²Länder gewichtet mit dem U.S. Dollar BIP von 2020. ^PPrognose.

In **Russland** stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal dieses Jahres um 10,3% im Vorjahresvergleich, nachdem, auch infolge eines Schaltjahreseffekts, im ersten Quartal ein leichter Rückgang um 0,7% zu verzeichnen gewesen war. Dabei

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

erreichte die Wirtschaftsleistung bereits das Vorkrisenniveau. Im Vorquartalsvergleich nahm die Wirtschaftsleistung in beiden Quartalen zu. Stützend wirkte die Erholung des privaten Konsums, wobei der Zuwachs der verfügbaren Einkommen und der Verbraucherkredite sowie die allmähliche Rücknahme der Spartätigkeit der Haushalte als Hauptwachstumstreiber fungierten. Die Wiederbelebung der Exporte infolge einer starken globalen Rohstoffnachfrage stützte die positive Dynamik der Industrieproduktion, die in der ersten Hälfte dieses Jahres bereits oberhalb des Vorkrisenniveaus lag.

Dabei verzeichnete die russische Wirtschaft sowohl einen positiven Mengen- als auch einen positiven Preiseffekt. Mengenmäßig expandierte die Produktion von Erdgas, Kohle, Düngemitteln, Rohholz und einer Reihe von Metallen erheblich, zugleich stiegen die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Rohöl im zweiten Quartal zum Teil deutlich. Im Sog der kräftigen Produktionssteigerung erholte sich auch der Arbeitsmarkt, und die Arbeitslosigkeit ging im Juli auf das Vorkrisenniveau von 4,5% zurück.

Der heimische wie internationale Nachfrageschub führte im Laufe der ersten Jahreshälfte zu einer deutlichen Zunahme der Teuerungsrate, die im August 6,7% betrug. Infolge einer guten Ernte ist für die nächsten Monate mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Um den Inflationsanstieg einzudämmen, hob die Zentralbank im Juli den Leitzins um 100 Basispunkte auf 6,5% und im September auf 6,75% an. Der private Konsum dürfte sich im Prognosezeitraum weiter erholen, gestützt durch steigende Löhne, eine verbesserte Arbeitsmarktlage und ein rasch zunehmendes Volumen an Verbraucherkrediten. Auch umfangreiche Investitionen seitens staatlicher Unternehmen, deren Implementierung infolge der Corona-Krise verzögert wurde, stützen die Konjunktur.

Die Exporte erhalten durch die kräftige globale Nachfrage nach Rohstoffen, die Ausweitung der Öl-Fördermenge und das Auslaufen des OPEC+-Produktionsabkommens im nächsten Jahr zusätzliche Impulse. Andererseits könnten die Ausbreitung der Delta-Variante von SARS-CoV-2 sowie die geringe Impfquote die Erholung bremsen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung Russlands in den Jahren 2021, 2022 und 2023 um 4%, 2,8% bzw. 2,3% expandieren.

2.4 Euro-Raum – Erholung im Dienstleistungsbereich gewinnt an Schwung

Die Pandemie belastete die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum auch im ersten Quartal dieses Jahres. In den meisten Ländern bestanden weiterhin Beschränkungen. Im Vergleich zum Vorquartal verzeichneten Portugal (-3,2%) und Deutschland (-2,0%) deutliche Rückgänge der Wirtschaftsleistung, während diese in den meisten anderen Mitgliedstaaten stagnierte oder nur wenig expandierte. Den stärksten Aufschwung erzielte Griechenland (4,9%), was insbesondere auf einen hohen

Außenbeitrag zurückzuführen ist. Irland meldete mit 8,7% ebenfalls ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Diese Zahl spiegelt jedoch nicht den tatsächlichen Anstieg der Produktion wider, sondern wurde wesentlich durch die Gewinne der multinationalen Unternehmen bestimmt, die im ersten Quartal außerordentlich hoch ausfielen. Das Bruttonationaleinkommen, eine Variable, die die Gewinne der ausländischen Unternehmen nicht berücksichtigt, ging um 1% zurück, ähnlich wie im übrigen Euro-Raum.

Das zweite Quartal war durch einen starken Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit gekennzeichnet. Angesichts des Rückgangs der aktiven Corona-Fälle, der vermehrten Impfungen und des günstigen Wetters hoben die meisten Regierungen verschiedene Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie zahlreiche Reisebeschränkungen auf. Infolgedessen wuchs die Wirtschaft im Euro-Raum im Vergleich zum Vorquartal um 2,2%. Alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Maltas meldeten positive Quartalswachstumsraten, da der private Konsum und die Exporte deutlich anzogen.

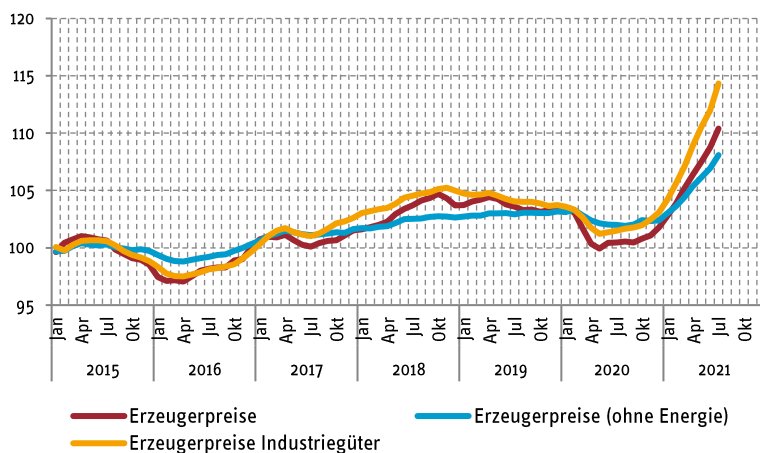
Die erleichterte Reisetätigkeit dürfte dazu beigetragen haben, dass in den üblichen Reisezielen Portugal (BIP-Quartalswachstumsrate 4,9%), Spanien (4%), Griechenland (2%) und Italien (2%) ein besonders starker Aufschwung zu verzeichnen war. Im Vergleich zum vierten Quartal 2019 war das BIP im Euro-Raum jedoch immer noch um 3% niedriger. Dabei unterscheidet sich die Erholung in den einzelnen Produktionssektoren sehr deutlich, wobei die kontaktintensiven Wirtschaftsbereiche noch weit unter dem Niveau von 2019 liegen (siehe Kasten 1: Die Erholung im Euro-Raum).

Die Verbraucherpreise wiesen in der ersten Jahreshälfte einen starken Aufwärtssdruck auf. Der Anstieg der Rohstoffpreise, der auf den starken Rückgang während der Rezession im Jahr 2020 folgte, sowie die aktuellen Entwicklungen auf den Rohstoff- und Gütermärkten, insbesondere die Lieferengpässe, tragen erheblich zum Anstieg der Inflationsraten bei. Die Erzeugerpreise sind über das ganze Jahr stetig gestiegen und waren in Juli knapp 10% höher als im Januar. Die stärksten Zuwächse sind bei den Preisen für Industriegüter, und hier insbesondere im Bereich Energie, zu verzeichnen (Schaubild 6).

Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Gesamtinflation erreichte im August 3%, wie aus der Schnellschätzung von Eurostat hervorgeht, wovon die Hälfte auf die Energiekomponente zurückzuführen ist (Schaubild 7). Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise scheint sich jedoch ebenfalls im HVPI niederzuschlagen, denn die Kerninflationsrate stieg im August auf 1,5%, was zum Teil auf einen deutlichen Anstieg der Preise für Industriegüter zurückzuführen ist.

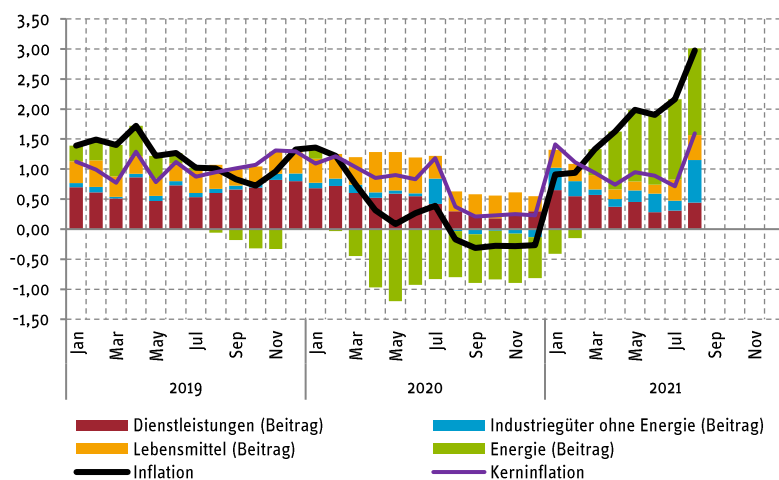
Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Schaubild 6
Erzeugerpreise im Euro-Raum
Index



Quelle: Macrobond.

Schaubild 7
Verbraucherpreise im Euro-Raum
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % und Wachstumsbeiträge in %-Punkten

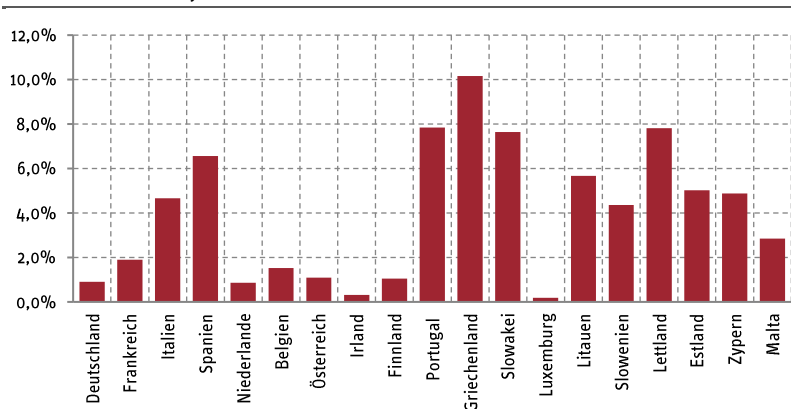


Quellen: Eurostat und eigene Berechnungen.

Der Arbeitsmarkt zeigte sich im bisherigen Jahresverlauf widerstandsfähig. Nach einem vierteljährlichen Rückgang im ersten Quartal stieg die Beschäftigung im Euro-Raum im zweiten Quartal um 0,7% und liegt nun nur noch 1,3% unter dem Vorkrisenniveau. Die kontaktintensiven Wirtschaftsbereiche haben sich jedoch noch nicht erholt. Hier ist die Beschäftigungsdynamik seit dem ersten Rückgang im Jahr 2020 weitgehend flach (siehe Kasten 1), während Branchen wie das Baugewerbe und die öffentlichen Dienstleistungen das Niveau von 2019 bereits übertroffen haben. Die harmonisierte Arbeitslosenquote (nach der ILO-Definition) blieb in der ersten Jahreshälfte mit rund 8,1% weitgehend stabil und ging im Juli auf 7,6% zurück.

Auf seiner Sitzung im September hat der EZB-Rat seine expansive Haltung bekräftigt. Die Leitzinsen blieben unverändert, ebenso wie die Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP). Das Tempo der Käufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogramms (PEPP) soll verlangsamt werden und mindestens bis März 2022 andauern. Insbesondere hat der EZB-Rat in seiner vorletzten Sitzung im Juli eine neue geldpolitische Strategie verabschiedet, sowie die Formulierung der *Forward Guidance* verfeinert. Das Ziel der Preisstabilität gemessen an einer Inflationsrate des HVPI von unter, aber nahe 2% wurde durch ein mittelfristiges symmetrisches Ziel für den HVPI von 2% ersetzt.

Schaubild 8
Geplante Zuschüsse nach Mitgliedstaat
Prozent des BIP im Jahr 2020



Quellen: Europäische Kommission, Macrobond und eigene Berechnungen.

Die neue Kommunikationsstrategie sieht einen Ankerpunkt in der Mitte des Prognosezeitraums (derzeit 2021 bis 2023) vor, in dem sich die Inflation in der Nähe des Ziels stabilisiert haben sollte, bevor eine Änderung der Leitzinsen vorgenommen wird. Die Erörterungen des EZB-Rats zeigen, dass eine vorzeitige Straffung der

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Geldpolitik vermieden werden soll. Die derzeitige Entwicklung der Kern- und Gesamtinflation sowie die günstigen Wirtschaftsaussichten legen nahe, dass die Zinssätze mindestens bis Ende 2022 unverändert bleiben dürften.

Der finanzpolitische Kurs der Mitgliedstaaten des Euro-Raums blieb das ganze Jahr über unterstützend, da sie die Ende 2020 angekündigten umfassenden Konjunkturprogramme umsetzten. Diese Programme werden zum Teil durch das Programm „NextGenerationEU“ finanziert.

Das Konjunkturprogramm ist das größte in der Geschichte der EU und umfasst insgesamt 807 Mrd. Euro (zu laufenden Preisen, 750 Mrd. Euro in Preisen von 2018). Ziel des Pakets ist es nach Aussage der Europäischen Kommission, das Wachstum zu fördern und gleichzeitig den grünen und digitalen Wandel durch Investitionen in Bereiche wie Digitalisierung und Dekarbonisierung voranzutreiben. Das Kernelement des Fonds ist die Aufbau- und Resilienzfazilität, für die 724 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Davon werden 338 Milliarden Euro als Subventionen an die Mitgliedstaaten auf Grundlage von makroökonomischen Aggregaten wie Bevölkerung, BIP pro Kopf und Arbeitslosenquote sowie unter Berücksichtigung des realen BIP-Verlustes während der Pandemie vergeben. Gemessen am BIP sollen Griechenland und Portugal die höchsten Zuschüsse erhalten (siehe Schaubild 8), während Italien und Spanien insgesamt den größten Teil der Zuschüsse erhalten sollen - rund 140 Milliarden Euro. Der Rest der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, nämlich 386 Milliarden, ist für optionale Kredite vorgesehen. Bislang haben nur 6 Mitglieder des Euro-Raums Interesse an den Darlehen bekundet, von denen Italien 122 Milliarden Euro und Griechenland 12 Milliarden Euro beantragt haben. Ein großer Teil des Programms soll durch EU-Anleihen finanziert werden - die EU plant, bis 2026 bis zu 800 Milliarden Euro an den Kapitalmärkten aufzunehmen.

Tabelle 4

Gesamtstaatliche Budgetsalden im Euro-Raum: Gesamtbilanz und Primärbilanz

2020 bis 2022; In % des BIP

	2020		2021 ^P		2022 ^P	
	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär
Deutschland	-4,3	-0,9	-4,5	-2,4	-1,7	-1,6
Frankreich	-9,3	-8,0	-8,4	-7,3	-4,4	-3,3
Italien	-9,5	-6,0	-11,2	-7,9	-5,3	-2,4
Spanien	-11,0	-8,7	-7,2	-5,1	-5,1	-3,1
Niederlande	-4,3	-3,6	-4,9	-4,3	-1,6	-1,2
Belgien	-9,4	-7,4	-7,5	-5,8	-4,9	-3,5
Österreich	-8,9	-7,5	-7,3	-6,1	-2,7	-1,6
Irland	-8,0	-7,0	-4,5	-3,6	-2,4	-1,5
Finnland	-0,9	-0,3	0,4	0,9	3,1	3,5
Portugal	-5,7	-2,7	-4,3	-1,7	-3,0	-0,5
Griechenland	-9,6	-6,6	-7,6	-5,0	-1,4	1,1
Slowakei	-6,1	-4,9	-6,6	-5,4	-4,4	-3,3
Luxemburg	-4,1	-3,9	1,3	1,5	1,9	2,1
Litauen	-7,3	-6,6	-7,9	-7,4	-5,9	-5,6
Slowenien	-8,1	-6,4	-7,6	-6,1	-4,4	-3,1
Lettland	-4,5	-3,9	-6,9	-6,3	-2,1	-1,5
Estland	-4,8	-4,8	-4,1	-4,0	-1,5	-1,4
Zypern	-5,7	-3,6	-5,2	-3,1	-2,1	-0,3
Malta	-10,3	-8,9	-12,0	-10,6	-6,3	-4,9
Euro-Raum	-7,3	-4,9	-6,7	-4,9	-3,2	-2,1

Eigene Prognosen nach Angaben von Eurostat und AMECO. – ^PPrognose. Zur Berechnung vgl. Schmidt et al. (2016).

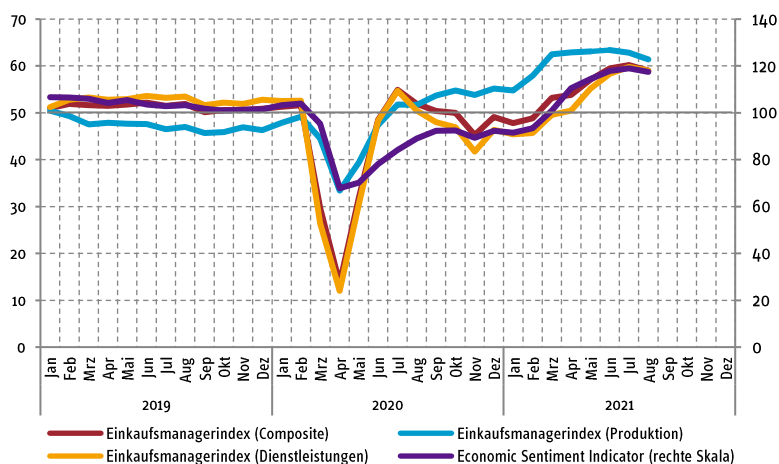
Die Staatsausgaben haben die öffentlichen Haushalte weiterhin deutlich belastet und der Budgetsaldo dürfte weiterhin deutlich negativ bleiben. Im laufenden und im nächsten Jahr dürfte er -6,7% beziehungsweise -3,2% erreichen (Tabelle 4). Es wird jedoch erwartet, dass bei den Zuschüssen aus dem „NextGenerationEU“-Paket den Mitgliedstaaten ein großer Spielraum für die Umsetzung ihrer Konjunkturprogramme eingeräumt wird. In Frankreich beispielsweise sollen 40 Milliarden Euro aus dem 100-Milliarden-Frankreich-Relance-Programm durch den Konjunkturfonds abgedeckt werden, in Italien sind es rund 30. Bislang haben 10 Mitgliedstaaten 13% der Zuschüsse als Vorfinanzierung erhalten, der Rest ist für 2022-2023 geplant. Im Juni signalisierte die Europäische Kommission, dass sie davon ausgeht, dass die pandemiebedingt ausgesetzten Regeln hinsichtlich der Budgetdefizite und Schuldenquoten des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Jahr 2023 wieder gelten werden.

Die Umfragedaten deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs im Euro-Raum während des Sommers hin. Sowohl der Einkaufsmanagerindex von IHS Markit als

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

auch der Index der wirtschaftlichen Einschätzung der Europäischen Kommission stiegen im Juli auf Höchststände, was auf die Zuwächse im Dienstleistungssektor zurückzuführen ist (siehe Schaubild 9). Beide Indizes haben sich im August leicht verschlechtert, was nicht zuletzt die Unsicherheit hinsichtlich der Pandemie im Herbst widerspiegeln dürfte. Dennoch deuten die Daten weiterhin auf eine überdurchschnittlich gute Wirtschaftsstimmung hin.

Schaubild 9
Geschäftsklima Frühindikatoren
Index



Quelle: Macrobond.

Vor diesem Hintergrund dürfte das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal stärker ausfallen als im zweiten, was vor allem auf die Fortsetzung der Erholung in den kontaktintensiven Dienstleistungssektoren auf der Produktionsseite und auf den Konsum und die Exporte auf der Nachfrageseite zurückzuführen ist (siehe Tabelle 6). Die Expansion dürfte sich im nächsten Quartal fortsetzen, wenn auch etwas langsamer, da einige Beschränkungen während der Herbstmonate in Kraft bleiben dürften.

Die kontaktintensiven Branchen dürften sich dem Vorkrisenniveau annähern, allerdings bleiben die Risiken der Pandemie, wie z. B. reduzierte Innenraumkapazitäten in einzelnen Regionen, bestehen und könnten das Potenzial für die weitere Erholung begrenzen. In der Industrie dürften die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorleistungsgütern wie Computerchips die Wachstumsaussichten dämpfen. Dennoch dürfte die Wirtschaft im Euro-Raum gegen Ende des laufenden Jahres zu ihrem Vorkrisenniveau zurückkehren.

Tabelle 5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Ländern des Euro-Raums

2021 bis 2023

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2021P	2022P	2023P	2021P	2022P	2023P	2021P	2022P	2023P
Deutschland	3,5	5,0	1,4	3,1	2,4	1,6	3,7	3,2	3,0
Frankreich	6,3	4,6	2,2	1,8	1,5	1,3	7,9	8,0	7,8
Italien	6,0	4,1	1,8	1,3	1,2	0,9	9,6	9,0	8,9
Spanien	7,1	5,8	3,0	2,0	1,6	1,4	14,9	14,2	14,1
Niederlande	3,6	3,4	2,1	2,0	1,7	1,7	3,4	3,5	3,4
Belgien	5,6	3,6	2,6	2,0	1,4	1,4	6,2	5,6	5,5
Österreich	4,3	4,6	2,0	2,0	1,9	1,7	6,5	5,7	5,6
Irland	15,2	5,1	3,0	1,2	1,2	1,2	6,8	6,1	5,8
Finnland	3,5	3,1	1,6	1,5	1,2	1,4	7,9	7,1	6,5
Portugal	4,7	5,2	3,2	0,6	1,1	1,0	6,7	6,8	6,7
Griechenland	9,5	4,6	2,6	0,0	1,3	1,0	15,2	14,0	13,8
Slowakei	4,5	4,5	3,2	2,1	2,2	2,2	6,7	5,7	5,6
Luxemburg	8,5	4,2	4,1	2,3	1,5	1,1	6,0	5,4	5,2
Litauen	4,8	3,0	2,8	1,7	1,1	1,1	7,7	6,9	6,9
Slowenien	6,9	3,7	3,2	1,0	1,3	1,3	4,8	4,6	4,6
Lettland	5,2	4,4	2,1	1,7	1,9	2,0	7,7	7,1	6,3
Estland	9,9	4,7	3,5	2,2	2,0	2,0	6,6	6,1	5,5
Zypern	4,1	3,7	4,6	0,8	0,8	0,8	7,5	6,3	6,3
Malta	5,4	4,1	4,1	0,7	1,4	1,4	3,5	3,5	3,4
Euro-Raum³	5,5	4,6	2,1	2,1	1,7	1,4	7,8	7,3	7,2
Neue EU-Staaten	5,1	4,9	4,0	3,7	3,0	2,8	4,4	3,9	3,8
Schweden	3,5	2,5	2,6	1,8	1,3	1,3	8,7	7,5	7,5
Dänemark	3,6	3,3	2,4	1,1	1,0	1,0	5,7	5,5	5,5
EU-27³	5,3	4,5	2,3	2,2	1,8	1,5	7,1	6,7	6,5

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. - ¹Harmonisierte Verbraucherpreisindizes. - ²Standardisiert. - ³Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Anzahl der Erwerbspersonen von 2020 gewogener Durchschnitt.

Angesichts des bereits hohen Anteils der geimpften Bevölkerung dürfte die Belastung durch die Pandemie im Laufe des nächsten Jahres abnehmen. Mit der fortschreitenden Erholung der Dienstleistungsbereiche, vor allem derjenigen der kontaktintensiven Dienstleistungen, dürfte das Wirtschaftswachstum im Laufe des Jahres 2022 allmählich zu seinem moderaten Tempo zurückkehren. Insgesamt dürfte das BIP im laufenden Jahr um 5,5% steigen, gefolgt von 4,6% beziehungsweise 2,1% im nächsten und übernächsten Jahr (Tabelle 5).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 6

Eckwerte der Konjunktur im Euro-Raum

2019 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019	2020	2021p	2022p	2023p
Privater Konsum	1,4	-8,0	3,8	4,8	1,4
Öffentlicher Konsum	1,8	1,4	3,5	2,7	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	6,4	-7,5	3,9	3,5	4,3
Vorratsveränderungen ¹	-0,1	-0,5	0,1	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	2,5	-6,3	3,8	4,0	2,1
Export	2,5	-9,3	9,2	4,5	2,3
Import	4,6	-9,2	5,8	3,2	2,4
Außenbeitrag ¹	-0,8	-0,4	1,7	0,8	0,1
Bruttoinlandsprodukt	1,5	-6,5	5,5	4,6	2,1
Verbraucherpreise	1,2	0,3	2,1	1,7	1,4
Arbeitslosenquote ²	7,8	8,0	7,8	7,3	7,2

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat. – ^pEigene Prognose. – ¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ²Harmonisiert nach ILO, in % der Erwerbspersonen.

Die Inflationsrate dürfte im weiteren Verlauf dieses Jahres vor allem aufgrund des Basiseffekts bei den Energiepreisen und der am 1. Juli 2020 in Kraft getretenen sechsmonatigen Mehrwertsteuersenkung in Deutschland weiterhin erhöht bleiben. Der Druck durch die Engpässe auf den Rohstoffmärkten und die Erzeugerpreise könnte jedoch länger anhalten und die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) länger erhöhen, da es einige Zeit dauern dürfte, bis der Anstieg vollständig auf den HVPI durchschlägt. Insgesamt erwarten wir für das laufende Jahr eine Teuerung von 2,1%. Im nächsten und übernächsten Jahr dürfte der Anstieg des HVPI 1,7% bzw. 1,4% betragen.

Die Arbeitsmarktlage dürfte sich weiter verbessern. Die Erholung in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen im Sommer dürfte sich bei der Beschäftigung in diesen Bereichen positiv auswirken. Die Arbeitslosenquote wird dieses Jahr voraussichtlich 7,8% betragen und dürfte im Jahr 2022 auf 7,3% sinken. Im Jahr 2023 dürfte die Arbeitslosenquote 7,2% betragen.

Kasten

Die Erholung im Euro-Raum nach Wirtschaftsbereichen

So wie sich die Eindämmungsmaßnahmen im öffentlichen Leben im Laufe des letzten Jahres verändert haben, hatten verschiedene Wirtschaftszweige die Möglichkeit, sich etwas schneller zu erholen als andere. In diesem Kasten wird die Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen während der Pandemie betrachtet.

Die statistische Systematik der Wirtschaftszweige gliedert die wirtschaftlichen Tätigkeiten in 10 Wirtschaftsbereiche. Drei davon beziehen sich im Wesentlichen auf die Produktion: Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) und Baugewerbe, die etwas mehr als 25% der Bruttowertschöpfung ausmachen. Die anderen 75% werden als Dienstleistungen klassifiziert, wobei zwischen öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung (etwa 20%) und anderen Dienstleistungen (übrige 55%) wie Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation oder Unternehmensdienstleister unterschieden wird.

Systematik der Wirtschaftszweige, Aufteilung nach Wirtschaftsbranchen

	Anteil an BWS
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,6%
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	20,2%
Baugewerbe	4,9%
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	18,7%
Kontaktintensive Dienstleistungen	22,3%
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	
Kunst, Unterhaltung und Erholung	
Andere Dienstleistungen	32,3%
Information und Kommunikation	
Finanz- und Versicherungsdienstleister	
Unternehmensdienstleister	
Sonstige Dienstleistungen	

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. Durchschnittlicher Anteil an der Bruttowertschöpfung im Zeitraum 2015–2019.

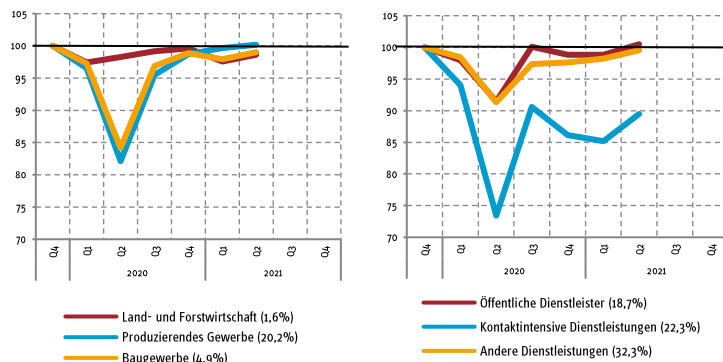
Mit der Ausbreitung von COVID-19 wurden in allen Mitgliedstaaten landesweite Infektionsschutzmaßnahmen verhängt, die die Wirtschaftstätigkeit auf breiter Front zum Erliegen brachten. Als der Übertragungsmechanismus des Virus besser verstanden wurde, konnten jedoch weniger kontaktintensive Wirtschaftsaktivitäten wieder aufgenommen werden. So war der Dienstleistungssektor im Großen und Ganzen zwar stärker betroffen als der Industriesektor, doch konnten sich auch einige Dienstleistungen relativ schnell wieder erholen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Schaubild 1 stellt die Entwicklung der Bruttowertschöpfung (BWS) in den einzelnen Wirtschaftszweigen dar, wobei das Vorkrisenniveau aus dem vierten Quartal 2019 als Referenzpunkt gilt. Die Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes haben fast wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Nach einem Rückgang im ersten Quartal dieses Jahres lag die BWS im Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) noch etwa 3% unter ihrem Vorkrisenniveau, während sich die Land- und Forstwirtschaft vollständig erholt hat. Der Dienstleistungssektor weist dagegen eine wesentlich größere Heterogenität auf. Öffentliche Dienstleistungen, von denen das Gesundheitssystem ein wichtiger Teil ist, haben das Niveau von 2019 bereits überschritten. Die Aufhebung der meisten Eindämmungsmaßnahmen während des Frühjahrs und Sommers hat zu erheblichen Zuwächsen im Bereich der kontaktintensiven Dienstleistungen geführt, der um mehr als 5% gewachsen ist. Dennoch liegt die BWS bei diesen Dienstleistungen immer noch mehr als 10% unter ihrem Vorkrisenniveau, was darauf hindeutet, dass noch mehr Wachstumspotenzial vorhanden ist. Da viele Eindämmungsmaßnahmen weiterhin aufgehoben blieben, dürfte die weitere Erholung der kontaktintensiven Wirtschaftsbereiche einen erheblichen Beitrag zum Wachstum im dritten Quartal geleistet haben.

Schaubild 1

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen, 2019 = 100



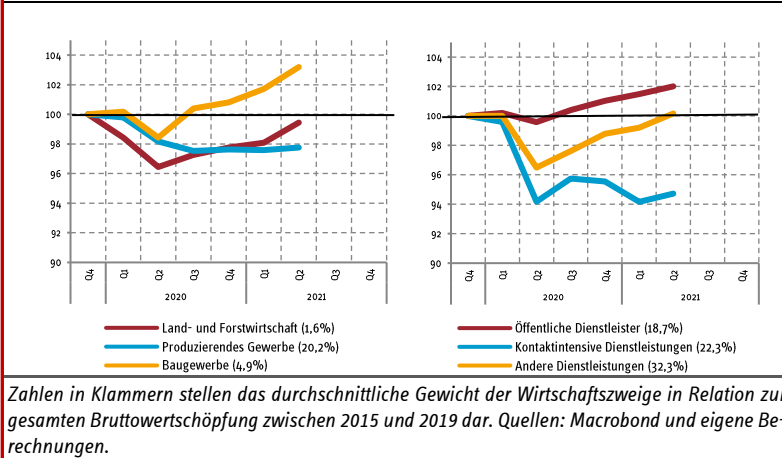
Zahlen in Klammern stellen das durchschnittliche Gewicht der Wirtschaftszweige in Relation zur gesamten Bruttowertschöpfung zwischen 2015 und 2019 dar. Quelle: Macrobond und eigene Berechnungen.

Einen zusätzlichen Einblick geben die Beschäftigungsdaten für die jeweiligen Wirtschaftsbereiche (Schaubild 2), die auf eine anhaltende Schwäche sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor hindeuten. Sowohl im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) als auch im Baugewerbe ist die Beschäftigung in den letzten vier Quartalen nahezu konstant geblieben, was darauf hindeutet, dass die Unternehmen die Wiedereinstellung von Personal vorerst zurückgestellt haben. Das Baugewerbe hat dagegen das Vorkrisenniveau bereits übertroffen. Bei den kontaktintensiven Dienstleistungen ähnelt die Beschäftigungsdynamik derjenigen der Bruttowertschöpfung,

wohingegen die öffentlichen Dienste, insbesondere das Gesundheitswesen, ihren Personalbestand erhöht haben.

Schaubild 2

Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen, 2019 = 100



2.5 Vereinigtes Königreich: Schnelle Erholung vom Rückschlag am Jahresanfang

In der ersten Hälfte dieses Jahres ist die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich um 1,4% gegenüber dem Vorhalbjahr gestiegen. Nachdem es im Winter vor dem Hintergrund stark angestiegener Corona-Fallzahlen und verschärfter Eindämmungsmaßnahmen zu einem wirtschaftlichen Rückschlag gekommen war, wurde das BIP seit dem zwischenzeitlichen Tiefpunkt im Januar wieder kräftig ausgeweitet. Im Juli lag es nur noch 2,1% unter dem im Februar 2020 erreichten Niveau. In der Quartalsbetrachtung ging das BIP nach derzeitigem Datenstand im ersten Quartal 2021 um 1,6% gegenüber dem Vorquartal zurück. Hieran hatte der Rückgang des privaten Konsums einen wesentlichen Anteil, wohingegen der Außenbeitrag positiv zum BIP-Wachstum beitrug. Im zweiten Quartal stieg das BIP vor dem Hintergrund der kräftigen Erholung des Konsums um 4,8% an.

Nach der Eindämmung der Infektionswelle im Winter verfolgt die britische Regierung einen Kurs der Lockerungen der Beschränkungen. Entsprechend wurden im Juli die Eindämmungsmaßnahmen weitgehend aufgehoben. Die Impfquote in der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs ist vergleichsweise hoch, zudem ist ein relativ großer Teil der Bevölkerung nach überstandener Infektion immunisiert. Trotzdem liegt die Anzahl der Neuinfektionen seit einem starken Anstieg im Juni auf einem sehr hohen Niveau. Die Krankenhausbelegung und die neu registrierten Todesfälle haben sich zwar ebenfalls erhöht, bleiben aber bislang deutlich unter den in früheren

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Phasen der Pandemie erreichten Werten. Hieran dürften die Impfungen einen wesentlichen Anteil haben.

Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal weiter erholt haben. Neben verbleibenden pandemiebedingten Einschränkungen, wie etwa von Quarantäne betroffene Arbeitskräfte, dürften die globalen Probleme in den Lieferketten dämpfend auf die wirtschaftliche Erholung gewirkt haben. Daneben bleibt durch die Folgen des Brexits der Warenaustausch und die internationale Arbeitsteilung der britischen Wirtschaft mit der Europäischen Union erschwert.

Die Verbraucherpreisinflation stieg im ersten Halbjahr deutlich an und erreichte im Juni 2,5%, bevor sie im Juli auf 2,0% zurückging. Ausgehend von der Prognose, dass die Inflation aufgrund der globalen Preisentwicklung zwar für eine Weile über dem Zielwert liegen dürfte, es sich aber um einen temporären Anstieg handelt, beließ die Bank of England im August den Leitzins auf dem sehr niedrigen Niveau von 0,1% und beschloss, ihre Anleihekaufprogramme fortzusetzen. Zukünftig könnten Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt zu steigendem Lohndruck führen. Angesichts der wirtschaftlichen Erholung werden staatliche Unterstützungsprogramme zurückgefahren. So endet etwa Ende September die Unterstützung für Beschäftigte in Kurzarbeit. Zur Finanzierung von Ausgaben im Gesundheits- und Sozialsystem beschloss das Parlament zudem im September eine Steuererhöhung.

Unter der Voraussetzung, dass die hohen Infektionszahlen nicht derart steigen, dass sie erneut starke Einschränkungen nach sich ziehen, dürfte die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im laufenden Jahr mit 6,7% eine sehr hohe Wachstumsrate aufweisen. Dies spiegelt die deutliche Erholung vom Einbruch im Vorjahr wider, der im Vereinigten Königreich mit 9,8% besonders tief ausgefallen war. Im kommenden Jahr dürfte das BIP-Wachstum noch 5,3% betragen, bevor es im Jahr 2023 auf 2,1% zurückgehen dürfte.

2.6 Mittel- und Osteuropa: starkes Wachstum zu erwarten

Nach dem pandemiebedingten Einbruch der Konjunktur im Vorjahr ist die Wirtschaftsleistung der **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** im ersten Halbjahr dieses Jahres kräftig gestiegen. Während prolongierte Eindämmungsmaßnahmen infolge hoher Neuinfektionszahlen die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal noch belastet hatten, legte sie im zweiten Quartal stark zu. Gegenüber dem zweiten Quartal des Jahres 2020 erreichten die Zuwächse zwischen 17,7% in Ungarn und 8,2% in Tschechien. Dies ist auf die Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit nach der Lockerung der gesundheitspolitischen Beschränkungen, die Realisierung von Nachholbedarfen und auf eine niedrige Vergleichsbasis gegenüber dem zweiten Quartal des Jahres 2020 zurückzuführen.

Allerdings bremsen Lieferengpässe bei Vorprodukten für die Automobilindustrie die Erholung insbesondere in Tschechien und in der Slowakei. Insgesamt profitierte der exportorientierte Industriesektor, der für die MOEL von überdurchschnittlicher Bedeutung ist, schon während der gesamten ersten Jahreshälfte von der globalen Erholung, während sich die Erholung des privaten Konsums erst im zweiten Quartal durchsetzte. Die Bauproduktion stützte die Expansion trotz eines Mangels an wichtigen Rohstoffen wie Holz und Eisen.

In der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres sowie im nächsten Jahr sollte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen. Der private Konsum sollte dabei als wesentliche verwendungsseitige Triebfeder des Aufschwungs fungieren. Die Auszahlung der verbliebenen Fördermittel aus dem EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 und die Implementierung des EU-Haushalts 2021 bis 2027, darunter insbesondere Zahlungen für Investitionsvorhaben im Rahmen des „Next GenerationEU“-Programms, dürften die Wirtschaftsleistung in den MOEL im Prognosezeitraum und darüber hinaus substantiell unterstützen. Relativ zum BIP erhalten Kroatien und Bulgarien (11,3% bzw. 10,3% des BIP, jeweils 6,3 Mrd. Euro) die höchsten Zuschüsse unter den MOEL. Absolut gesehen fließen die höchsten Zuschüsse nach Polen und Rumänien (23,9 Mrd. Euro bzw. 14,2 Mrd. Euro).

Der aufgrund von demografischen Faktoren – hier spielt sowohl die natürliche als auch die wanderungsbedingte Bevölkerungsbewegung eine Rolle – zunehmende Mangel an Arbeitskräften, die notwendige Rückführung der fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen und die gestiegene Verschuldung der Unternehmen wie auch der privaten Haushalte dämpfen hingegen die Erholungsdynamik. Allerdings dürften die Budgetdefizite auch in diesem und im nächsten Jahr deutlich über dem Mastricht-Schwellenwert von 3% des BIP verharren.

Infolge von teilweise vorübergehenden Faktoren wie dem Wiederanstieg der Energiepreise, höherer Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen sowie steigender Erzeugerpreise aufgrund von Unterbrechungen der Lieferketten bei Vorprodukten beschleunigte sich die Teuerungsrate in der ersten Jahreshälfte. Im nächsten Jahr dürfte sich der Anstieg der Verbraucherpreise jedoch abschwächen, da die vorübergehenden Effekte abklingen und die Versorgungsketten wieder besser funktionieren dürften.

Aufgrund des zunehmenden Inflationsdrucks wurde die Geldpolitik in einigen Ländern bereits gestrafft. So erhöhten die tschechische und die ungarische Zentralbank die Leitzinsen. Die polnische und die rumänische Zentralbank verhalten sich hingegen noch abwartend. In Tschechien und Ungarn ist mit weiteren Leitzinssteigerungen bis Ende dieses Jahres zu rechnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 7

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P
Polen	4,5	5,0	4,0	4,3	3,3	3,2	3,8	3,4	3,4
Tschechien	3,3	4,8	3,3	3,0	2,6	2,2	3,2	3,0	2,9
Rumänien	7,0	5,0	4,3	3,4	3,0	2,9	5,0	4,5	4,0
Ungarn	6,8	5,0	4,5	4,5	3,3	2,7	4,3	3,7	3,5
Bulgarien	4,4	4,3	3,9	2,2	2,3	2,0	6,0	5,7	5,5
Kroatien	7,5	4,3	5,0	1,9	1,6	1,5	7,0	6,4	6,2
Insgesamt ²	5,1	4,9	4,0	3,7	3,0	2,8	4,4	3,9	3,8

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. - ¹Standardisiert. - ²Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Zahl der Erwerbspersonen von 2020 gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. - ^PPrognose.

Insgesamt ist für das laufende Jahr ein durchschnittlicher Anstieg der Wirtschaftsleistung in den MOEL-6 (Tschechien, Polen, Ungarn, Rumänien, Kroatien und Bulgarien) um 5,1% zu erwarten. Damit sollten diese Länder bereits 2021 beim BIP das Vorkrisen-Niveau von 2019 erreichen. Wir rechnen dabei jedoch nur für ausgewählte Regionen und Wirtschaftsbereiche mit erneuten restriktiven Maßnahmen und wirtschaftlichen Rückschlägen. In den Jahren 2022 und 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung daher um 4,9% bzw. um 4,0% expandieren.

Literatur

Delle Chiaie, S., Ferrara, L., Giannone, D., (2017), Common factors of commodity prices, ECB Working Paper 2112.

RWI (2021), RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Probleme in China dämpfen den internationalen Containerumschlag. Pressemitteilung des RWI Essen vom 26.8.2021.

Schmidt, T., Kirsch, F., Dirks, M. (2021), Kurzfristige Perspektiven der Rohstoffpreisentwicklung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalens, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Juli.

Wellenreuther, C. (2021), Rohstoffpreise: Superzyklus oder Aufschwung?, Wirtschaftsdienst, Heft 8 · S. 663–664.

Weltbank (2021), Commodity Markets Outlook: Causes and Consequences of Metal Price Shocks, April 2021. World Bank, Washington, DC.

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks,
Niklas Isaak, Robin Jessen und Philip Schacht

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Materialengpässe verzögern die wirtschaftliche Erholung¹

Kurzfassung: Die deutsche Wirtschaft hat sich im Sommer 2021 weiter von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erholt. Im Zuge der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen seit Mai stieg vor allem die Binnennachfrage deutlich. Zugleich bestehen weiterhin erhebliche Belastungen für die konjunkturelle Erholung. So ist die Corona-Pandemie weltweit nach wie vor nicht gebannt. Das verhindert, dass sich das globale Wirtschaftsleben vollständig normalisieren kann, da fortwährend Infektionsschutzmaßnahmen aufrechterhalten werden. Das größte Hindernis für die wirtschaftliche Erholung hierzulande stellen derzeit Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten dar. Wenngleich verschiedene Ursachen zu den Engpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten führen, dürften die meisten davon nur vorübergehend sein.

Eine wichtige Folge dieser Materialknappheit ist, dass die Preise für diese Güter z.T. kräftig gestiegen sind. Dies wirkt über Erzeuger- und Großhandelspreise auf die Verbraucherpreise durch, die aufgrund von Sondereffekten ohnehin derzeit so stark steigen wie seit vielen Jahren nicht mehr. Allerdings sind auf den internationalen Märkten die Preise für einige Rohstoffe, wie Metalle und Holz bereits wieder gesunken. Bei vielen anderen Rohstoffen ist eine Abschwächung des Preisauftriebs allerdings noch nicht zu erkennen. Wir gehen davon aus, dass der Preisdruck mit der Erholung von der Corona-Pandemie nach und nach nachlässt. Für dieses Jahr erwarten wir im Jahresdurchschnitt eine Teuerungsrate von 3,0%. Im kommenden Jahr dürfte sie dann auf 2,4% und im Jahr 2023 auf 1,6% zurückgehen.

Die gestiegenen Belastungen verzögern die Erholung von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Dennoch gehen wir davon aus, dass die Erholungskräfte überwiegen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kräftig ausgeweitet wird. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für dieses Jahr eine Ausweitung des BIP von 3,5%. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem BIP-zuwachs von 4,9%. Auch bei dieser Prognose wird das Vorkrisenniveau zur Jahreswende erreicht. Im Jahr 2023 dürfte sich die Zuwachsrate des BIP

¹ Abgeschlossen am 16.9.2021, diese Version: aktualisiert am 30.9.2021. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt und Florian Kirsch für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

wieder der Rate des Potenzialwachstums annähern. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir daher einen Anstieg des BIP um 1,2%.

Die Folgen der Corona-Krise am Arbeitsmarkt spiegeln sich weiterhin in der hohen Anzahl der Menschen in Kurzarbeit wider. Besonders im Bereich der Dienstleistungen wie etwa dem Gastgewerbe sanken die Kurzarbeiterzahlen in Folge der Lockerungen in den vergangenen Monaten deutlich. Insgesamt dürfte die Anzahl der Menschen in Kurzarbeit jedoch erst im Laufe des ersten Quartals 2022 wieder auf das Vorkrisenniveau sinken. Die Anzahl der Erwerbstätigen dürfte 2021 insgesamt etwa auf dem Niveau von 2020 liegen und in den Jahren 2022 und 2023 vom Aufschwung am Arbeitsmarkt getragen mit 1,5% bzw. 1,0% steigen.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte im Jahr 2021 gut 158 Mrd. Euro betragen und damit nochmals höher als das des Vorjahres (145 Mrd. Euro) sein. Im kommenden Jahr dürfte es auf 63 Mrd. Euro zurückgehen. Während die Staatseinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung weiter steigen, dürften die Ausgaben zurückgehen. Im Jahr 2023 rechnen wir mit einem Finanzierungsdefizit von knapp 57 Mrd. Euro. Damit ist die Finanzpolitik nach der Maßnahmenmethode 2021 expansiv ausgerichtet und in den kommenden beiden Jahren restriktiv.

Tabelle 1

Eckwerte der Prognose

2020 bis 2023

	2020	2021 ^p	2022 ^p	2023 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	-4,6	3,5	4,9	1,2
Erwerbstätige ² , in 1000	44 898	44 913	45 572	45 932
Arbeitslose ³ , in 1000	2 695	2 641	2 389	2 326
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,9	5,8	5,2	5,0
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,5	3,0	2,4	1,6
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	3,4	-0,3	-0,1	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-145,2	-158,4	-62,6	-56,6
in % des BIP	-4,3	-4,5	-1,7	-1,4
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	233,9	242,3	245,9	253,4
in % des BIP	6,9	6,8	6,5	6,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Summary: *The German economy continued to recover from the economic consequences of the Corona pandemic. In the wake of the rollback of infection control measures since May, domestic demand increased significantly. At the same time, there are still considerable burdens on economic recovery. For example, the Corona pandemic has still not been averted worldwide. This is preventing economic life from returning to normal completely, as some infection control measures are being maintained. The biggest obstacle to economic recovery at present are supply bottlenecks for raw materials and intermediate products. Although various causes lead to the shortages of raw materials and intermediate products, most of them are likely to be temporary and will ease considerably by the end of the year.*

One consequence of the material shortages is that prices for these goods have risen, in some cases sharply. This is having a knock-on effect on consumer prices via producer and wholesale prices, which are currently rising faster than at any time in many years. However, prices for some raw materials, such as metals and lumber, have already fallen again on international markets. For many other raw materials, there are no signs yet of a weakening of the upward price trend. We expect price pressure to ease gradually with the recovery from the Corona pandemic. For this year, we expect inflation to average 3.0%. It is then expected to fall to 2.4% next year and to 1.6% in 2023.

The increased burdens delay the recovery from the economic consequences of the pandemic. Nevertheless, we expect the forces of recovery to prevail and overall economic demand to expand strongly. Against this background, we expect GDP to expand by 3.5% this year. For the coming year we expect GDP growth of 4.9%. Even with this forecast, the pre-crisis level will be reached at the turn of the year. In 2023, the rate of GDP growth is expected to approach the rate of potential growth again. On average for the year, we expect GDP to increase by 1.2%.

The consequences of the Corona crisis on the labor market continue to be reflected in the number of people on short-time working. Particularly in the services sector, such as the hotel and restaurant industry, the number of people on short-time working fell significantly in recent months as a result of the easing measures. Overall, however, the number of people on short-time working is not expected to fall back to pre-crisis levels until the course of the first quarter of 2022. Overall, the number of people in work in 2021 is likely to be around the same level as in 2020. In 2022 and 2023, the recovery on the labor market is expected to boost employment by 1.5% and 1.0% respectively.

The public budget deficit in 2021 is expected to be a good EUR 158 billion, higher than the previous year (EUR 145 billion). In the coming year the fiscal deficit is expected to decrease to 63 billion euros. While government revenues will continue to rise in the course of the economic recovery, spending is expected to decline. In 2023 we expect a

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

financing deficit of just under 57 billion euros. Fiscal policy will be expansionary in 2021 and restrictive in the next two years.

Key forecast Data

2020 to 2023

	2020	2021 ^f	2022 ^f	2023 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-4.6	3.5	4.9	1.2
Employed persons ² , in 1000	44 898	44 913	45 572	45 932
Unemployed ³ , in 1000	2 695	2 641	2 389	2 326
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.9	5.8	5.2	5.0
Consumer prices, change in percent	0.5	3.0	2.4	1.6
Labor unit costs ⁵ , change in percent	3.4	-0.3	-0.1	2.0
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-145.2	-158.4	-62.6	-56.6
in percent of GDP	-4.3	-4.5	-1.7	-1.4
Current account balance ⁷				
in EUR bn	233.9	242.3	245.9	253.4
in percent of GDP	6.9	6.8	6.5	6.5

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Deutliche wirtschaftliche Erholung im Sommer - trotz erheblicher Belastungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Sommer 2021 weiter von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erholt. Im Zuge der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen seit Mai stieg vor allem die Binnennachfrage deutlich. Nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen konnten die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie geringgehalten werden, so dass sich die Wirtschaftsaktivität unmittelbar mit der Lockerung der Beschränkungen wieder in Richtung des Vorkrisenniveaus bewegte. Die Exporte hatten sich im Zuge der internationalen Erholung bereits zuvor deutlich erholt und wurden zuletzt in geringerem Maße ausgeweitet.

Zugleich bestehen weiterhin erhebliche Belastungen für die konjunkturelle Erholung. So ist die Corona-Pandemie weltweit nach wie vor nicht gebannt. Das verhindert, dass sich das Wirtschaftsleben vollständig normalisieren kann, da fortwährend Infektionsschutzmaßnahmen aufrechterhalten werden. Dies dämpft in Deutschland vor allem die Erholung des privaten Konsums. Auch die private Investitionsnachfrage bleibt weiterhin schwach. Da dies auch für andere Länder gilt, werden die deutschen Exporte gedämpft.

Das größte Hindernis für die wirtschaftliche Erholung stellen derzeit Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten dar. Zwar ist die Industrieproduktion im Juli wieder etwas gestiegen, nachdem sie zuvor drei Monate in Folge gesunken war. Der ungewöhnlich große Abstand zwischen der Produktion und dem Auftragsbestand in der Industrie deutet darauf hin, dass Produktionsbeschränkungen durch fehlendes Material gravierend sind (Schmidt et al., 2021b). Auch die jüngste ifo Umfrage belegt, dass Lieferengpässe die entscheidende Beschränkung der Produktion darstellen (Wohlrabe, 2021). Vor allem in der Elektronikindustrie, dem Maschinenbau sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie sind die Lieferengpässe deutlich zu spüren. Neben Halbleitern fehlen vielen Unternehmen Holz-, Metall- und Kunststoffprodukte für die Produktion.

Auch wenn verschiedene Ursachen zu den Engpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten führen, dürften die meisten davon nur vorübergehend sein (Helper und Soltas, 2021). So sind einige Engpässe im Bausektor auf eine kräftige Nachfragesteigerung während der Pandemie zurückzuführen. Bei der Stahlerzeugung resultieren sie daraus, dass Kapazitäten während der Pandemie verringert wurden, da mit einer geringeren Nachfrage gerechnet wurde. Die technischen Anforderungen der Stahlerzeugung schließen eine schnelle Anpassung der Produktionsmengen auf kurzfristige Nachfrageschwankungen aus. Der Mangel von Halbleitern in der Automobilindustrie dürfte noch längere Zeit anhalten. Der Grund dafür ist, dass es in diesem Bereich nicht nur zu einer vorübergehenden Nachfrageverlagerung während der Pandemie

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

gekommen ist, sondern vielmehr eine langfristig steigende Nachfrage besteht. In diesem Industriezweig müssen erst zusätzliche Produktionskapazitäten aufgebaut werden. Verschärft wird der Mangel an Material noch durch Probleme in der internationalen Logistik. Aufgrund erneuter Corona-Ausbrüche wurden im dritten Quartal die zwei chinesischen Häfen Yantian und Nanbgo-Zhousan gesperrt.

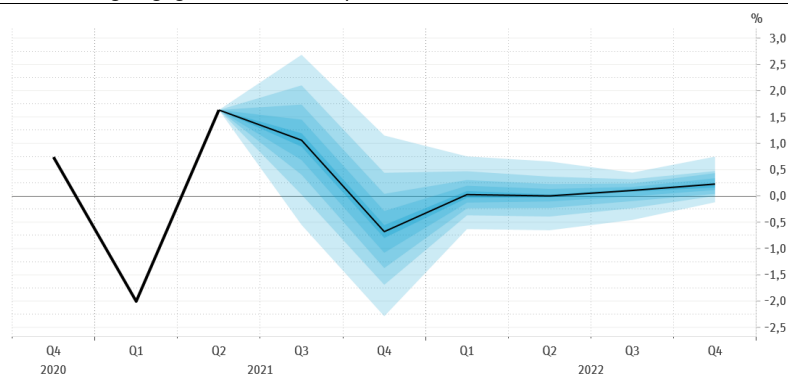
Eine Folge der Materialknappheit ist, dass die Preise für diese Güter z.T. kräftig gestiegen sind. Dies wirkt über Erzeuger- und Großhandelspreise auf die Verbraucherpreise durch, die aufgrund von Sondereffekten ohnehin derzeit so stark steigen wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Die gestiegenen Belastungen haben dazu geführt, dass wir unsere Prognose für das dritte Quartal gegenüber der Prognose vom Sommer deutlich nach unten revidiert haben. Dennoch gehen wir auch jetzt davon aus, dass die Erholungskräfte überwiegen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kräftig ausgeweitet wird. Davon werden aber wie schon im Vorquartal vor allem die Dienstleistungsbereiche begünstigt. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte deutlich stärker von den Lieferengpässen belastet werden. Dieser Unterschied zwischen den Wirtschaftsbereichen ist in unserem Nowcasting-Modell (Schaubild 1) nur teilweise erfasst, so dass die Prognose von 1,1% Zuwachs gegenüber dem Vorquartal die Aufwärtsdynamik unterschätzen dürfte.

Schaubild 1

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (vgl. Döhrn et al., 2018: 29-31).

2. Anhaltende Lieferengpässe verzögern die konjunkturelle Erholung

Im Zuge der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen hat sich die Wirtschaftsaktivität in Deutschland seit dem Frühjahr deutlich belebt. Insbesondere in vielen Dienstleistungsbereichen ist die Aktivität spürbar gestiegen. Allerdings ist im Verlauf des Winters erneut mit einem deutlichen Anstieg der Infektionen mit dem Corona-Virus zu rechnen. Aufgrund der zunehmenden Immunisierung der Bevölkerung durch Impfungen ist eine Überlastung des Gesundheitssystems im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich unwahrscheinlicher geworden (Kasten 1). Daher gehen wir in dieser Prognose davon aus, dass der Infektionsschutz im Zuge der steigenden Infektionszahlen zwar wieder verschärft wird. Allerdings ist damit zu rechnen, dass durch 2G- oder 3G-Regelungen nur die Ungeimpften in ihren Aktivitäten eingeschränkt werden. Dadurch dürften die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen deutlich geringer sein als in den vorherigen Infektionswellen.

Zudem werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel hat sich bereits im Verlauf des vergangenen Jahres weitgehend von dem starken Einbruch zu Beginn der Corona-Pandemie erholt. Allerdings dürften die weltweit zu erwartenden Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen vor allem in Europa zu einer weiteren Belebung des Welthandels führen. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir – auch aufgrund des starken Überhangs aus dem Vorjahr – für dieses Jahr einen Zuwachs von 10,8%. In den kommenden Jahren dürfte sich der Welthandel weiter normalisieren und mit 3,6% im Jahr 2022 sowie mit 3% im Jahr 2023 expandieren.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist in der ersten Jahreshälfte 2021 stark gestiegen und die Future-Kontrakte deuten darauf hin, dass die Ölpreise bis zum Ende des Jahres etwas steigen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir in diesem Jahr einen Ölpreis von 69 Dollar je Barrel. Im kommenden Jahr wird der Preis auf 69,9 Dollar je Barrel steigen und im Jahr 2023 auf 66 Dollar je Barrel sinken.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,18 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes dürften in diesem Jahr lediglich um 1,2% steigen. In den beiden kommenden Jahren sind mit 2,1% und 1,7% wieder höhere Zuwächse zu erwarten.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) wird den Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis zum Ende des Prognosezeitraums auf dem aktuellen Niveau von 0% belassen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

- Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Der expansive Impuls macht in diesem Jahr (2021) 1,4% in Relation zum nominalen BIP aus. Im kommenden Jahr ist die Finanzpolitik restriktiv, der restriktive Impuls beträgt 1,4% (Tabelle 2). 2023 ist der restriktive Impuls 0,2%.

Tabelle 2

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2021	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Tarifverschiebung Einkommensteuer 2023	0,0	0,0	-3,8
1. und 2. Familienentlastungsgesetz	-4,5	-3,7	-0,7
Senkung Umsatzsteuer Speisen in Gastro bis Dezember 2022	-1,6	-1,4	2,6
Umsatzsteuersenkung 2020	13,3	3,3	0,0
Ausweitung der CO ₂ -Besteuerung	7,6	1,5	1,5
Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags	-9,7	0,0	0,0
Änderung der Tabaksteuer	0,0	1,5	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-21,1	-4,3	-0,7
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung GRV-Satz um 0,1 Prozentpunkte 2023	0,0	0,0	1,3
Anstieg Zusatzbeitrag GKV um 0,3 Prozentpunkte	3,3	0,0	0,0
Erhöhung ALV-Satz um 0,2 Prozentpunkte 2023	0,0	0,0	2,4
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Kauf von FFP2-Masken und Schnelltests/Impfkampagne	-10,0	5,0	5,0
Entwicklungshilfe	0,3	-1,0	-0,5
Verteidigung	0,0	3,0	-3,0
Fluthilfen	-0,4	-0,7	0,0
Coronaboni an Kinder 2020/21 und an Grundsicherungsempfänger 2021	1,1	3,1	0,0
Senkung EEG-Umlage	-10,8	4,7	3,3
Subvention des Gesundheitswesens	2,0	11,0	0,0
Corona-Hilfen	-8,8	32,3	0,0
Gute-Kita-Gesetz	-1,0	-0,5	0,0
Corona-Pflegebonus 2020 und 2021	0,0	0,4	0,0
Erhöhung Eigenkapital Deutsche Bahn	-2,0	2,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung			
Angleichung Rentenwert Ost	-0,5	-0,5	-0,6
Terminservice- und Versorgungsgesetz,	-0,6	0,0	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,2	-0,2	0,0
Grundrente	-0,8	-1,8	0,9
Insgesamt	-50,1	52,6	6,8
In Relation zum nominalen BIP in Prozent	-1,4%	1,4%	0,2%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWI - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

³Soforthilfen, Überbrückungshilfen I-III, November- und Dezemberhilfen

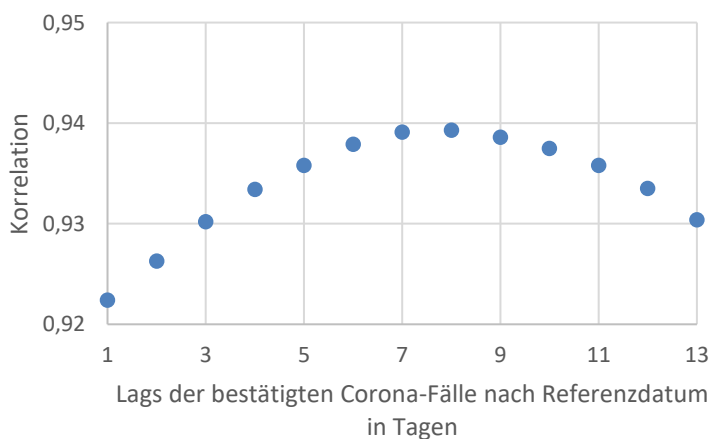
Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 1

Zur Entwicklung der Corona-Pandemie

Die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus nimmt bereits seit Juli 2021 wieder zu. Für den Herbst dieses Jahres wird erwartet, dass sich der Anstieg der Zahl der Infektionen deutlich verstärkt. Zwar sind inzwischen große Teile der Bevölkerung geimpft, insbesondere Personengruppen, bei denen das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs besonders hoch ist. Dennoch ist zu befürchten, dass die Zahl der geimpften Personen nicht ausreicht, um einen deutlichen Anstieg der schweren Krankheitsverläufe zu verhindern. Denn nach wie vor läuft die Zahl der Neuinfektionen der Zahl der am Coronavirus erkrankten Intensivpatienten voraus. Schaut man sich den linearen Zusammenhang zwischen beiden Größen für verschiedene zeitliche Abstände an, zeigt sich, dass die Korrelation zwischen der Intensivbettenbelegung mit der Zahl der Neuinfektionen von vor sieben Tagen am stärksten ist (Schaubild).

Korrelation zwischen Neuaufnahmen von Covid-19 Patienten auf Intensivstationen und bestätigten Neuinfektionen nach Referenzdatum für unterschiedliche Zeitabstände

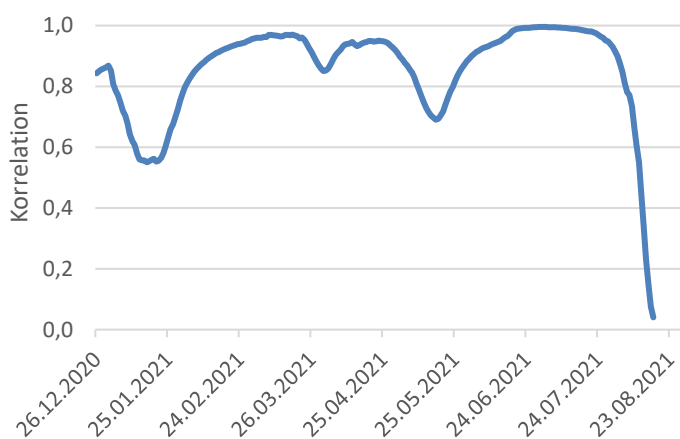


Eigene Berechnungen nach Angaben der Corona-datenplattform Infas360 (Küchenhoff et al. 2021).

Allerdings scheint sich der Zusammenhang zwischen Infektionen und den Neuaufnahmen von Covid-19-Patienten auf Intensivstationen gelockert zu haben. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass inzwischen ein größerer Teil der Bevölkerung immunisiert ist. Da vor allem ältere Menschen geimpft sind, verändert sich auch die Altersstruktur der Infizierten. Um einen Eindruck von der Entwicklung des linearen Zu-

sammenhangs zwischen diesen beiden Größen zu erhalten, wurde die Korrelation zwischen beiden Größen für aufeinanderfolgende Zeiträume von jeweils 65 Tagen berechnet (Schaubild). Es zeigt sich, dass der Zusammenhang geringen Schwankungen unterliegt. Dagegen bleibt die Lag-Struktur über alle Zeiträume stabil. Der Rückgang am Ende des Beobachtungszeitraums ist deutlich stärker als dies zuvor zu beobachten war. Dies legt nahe, dass sich der Zusammenhang zwischen der Zahl der Neuinfizierten und der Zahl der Corona-Patienten auf den Intensivstationen nachhaltig verringert hat.

Rollierende Korrelation zwischen Neuaufnahmen von Covid-19 Patienten auf Intensivstationen und bestätigten Neuinfektionen nach Referenzdatum sieben Tage zuvor (65 Tage Rolling Window: 65 Tage)



Eigene Berechnungen nach Angaben der Corona-datenplattform Infas360 (Küchenhoff et al., 2021).

Auch wenn sich der Zusammenhang zwischen der Zahl der Neuinfektionen und der Zahl der Corona-Patienten auf den Intensivstationen abgeschwächt hat, besteht er weiterhin. Der starke Rückgang der Korrelation zum Ende des Beobachtungszeitraums könnte mit verstärkten Testungen zu Schulbeginn zusammenhängen und dürfte den tatsächlichen Zusammenhang unterzeichnen. Ein kräftiger Anstieg der Neuinfektionen dürfte daher auch weiterhin zu einer starken Belastung des Gesundheitssystems führen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir in dieser Prognose an, dass die Zahl der Neuinfektionen im Winterhalbjahr deutlich steigt. Aufgrund des Schutzes von Risikogruppen und der weiter steigenden Zahl der Geimpften wird das Gesundheitssystem nicht

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

an seine Kapazitätsgrenze stoßen. Dazu dürften im Winter vermehrt 2G-Regeln in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen eingeführt werden, d.h. diese Bereiche sind nur für Geimpfte und Genesene geöffnet. Zudem dürften allein schon die deutlich steigenden Infektionszahlen erneut zu einer gewissen Kaufzurückhaltung führen. Dementsprechend haben wir in dieser Prognose einen leicht dämpfenden Effekt auf den privaten Konsum im Winterhalbjahr unterstellt. Ab dem Frühjahr dürfte dieser Effekt entfallen und der Konsum dürfte wieder deutlicher ausgeweitet werden.

2.1 Produktion erholt sich weiter mit zwei Geschwindigkeiten

Die Produktion hat sich in vielen Wirtschaftszweigen durch die Reduzierung der Infektionsschutzmaßnahmen seit Mai weiter erholt. Allerdings kann der Dienstleistungssektor derzeit stärker von den Lockerungen profitieren als das Produzierende Gewerbe. Insbesondere die Bereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ und Kunst und Unterhaltung, der den sonstigen Dienstleistern zugeordnet ist, weisen kräftige Umsatzsteigerungen auf. Da diese Bereiche von einem relativ niedrigen Niveau gestartet sind, ist davon auszugehen, dass sich die Erholung im dritten Quartal aufgrund von Aufholeffekten beschleunigt hat. Gleichwohl sorgen die seit Juli wieder steigenden Infektionszahlen für Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung, was auch der Rückgang des ifo Geschäftsklimaindexes widerspiegelt. Da in dieser Prognose keine neuen gravierenden Einschränkungen der Wirtschaftsaktivität unterstellt sind, ist zu erwarten, dass sich die Erholung weiter fortsetzt.

Im Unterschied dazu kann das Produzierende Gewerbe in deutlich geringerem Maße von der steigenden Nachfrage im Zuge der Lockerungen profitieren. So haben sich die Auftragseingänge bereits vollständig erholt und im Juni 2021 den höchsten Stand seit dem Beginn der Pandemie im Februar 2020 erreicht. Die im Zuge der Corona-Pandemie entstandenen Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten verhindern derzeit eine zügige Abarbeitung der neuen Aufträge und damit eine weitere Erholung der Produktion. Der Rückgang der Industrieproduktion im Frühsommer dürfte maßgeblich auf diese Engpässe zurückzuführen sein. So sorgte der Mangel an Halbleitern beispielsweise in der Automobilindustrie dafür, dass die Zahl der in Deutschland hergestellten Fahrzeuge laut VDA im August 2021 32% unterhalb des Vorjahresmonats lag.

Auch in der zweiten Jahreshälfte dürfte die wirtschaftliche Aktivität im Produzierenden Gewerbe von dieser Materialknappheit geprägt sein. So gaben in der ifo Konjunkturumfrage im August 2021 fast 70% aller Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in Deutschland an, unter Lieferengpässen zu leiden. Besonders betroffen ist der Fahrzeugbau, in dem mehr als 90% der befragten Unternehmen durch Lieferengpässe eingeschränkt sind (Wohlraube, 2021).

Aufgrund dieser angebotsseitigen Einschränkungen ist für die zweite Jahreshälfte davon auszugehen, dass sich die Erholung trotz der verbesserten Infektionslage und weitgehender Lockerungen nur langsam vollziehen wird (Tabelle 3). Insbesondere im dritten Quartal ist daher im Produzierenden Gewerbe mit einer schwachen Erholung zu rechnen. Zum Ende des Jahres dürften sich die Lieferengpässe langsam wenn auch nicht vollständig auflösen. Das Vorkrisenniveau der Produktion im Produzierenden Gewerbe dürfte im Frühjahr 2022 erreicht werden.

Tabelle 3

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2021			
	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	1,6	2,8	2,6
Bruttowertschöpfung (A-T)	-1,0	1,0	2,8	2,6
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-1,0	-1,0	0,4	1,7
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,8	-1,3	1,0	1,8
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,4	1,1	-3,5	0,6
Baugewerbe (F)	-5,2	0,1	0,4	1,2
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	-2,7	1,1	5,3	3,2
Information und				
Kommunikation (J)	0,0	1,5	2,8	2,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,5	1,1	2,9	3,6
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,2	0,0	2,8	2,8
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,2	1,3	3,0	3,3
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-0,1	3,8	3,6	2,5
Sonstige Dienstleister (R-T)	2,7	0,0	6,4	5,1

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

2.2 Außenhandel lässt Corona-Krise allmählich hinter sich

Bei den Exporten scheint die Phase der kräftigen Erholung nun vorüber zu sein: Materialknappheiten belasten die industrielle Produktion, so dass die Warenexporte im zweiten Quartal lediglich um 0,6% zugenommen haben. Die Dienstleistungsexporte stagnierten annähernd trotz des erheblichen Aufholpotenzials. Da sich die Lieferschwierigkeiten bis zum Jahresende verringern dürften, ist zu erwarten, dass die Exporte in der zweiten Jahreshälfte wieder kräftiger ausgeweitet werden. Dazu dürfte auch die Erholung der europäischen Absatzmärkte beitragen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Ausfuhren ihr Vorkrisenniveau im vierten Quartal überschreiten. Im Jahresdurchschnitt werden die Exporte in diesem Jahr mit 9,0%

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

recht kräftig expandieren. Im nächsten Jahr dürften sie um 5,1% und im Jahr 2023 um 3,1% zunehmen.

Die Wareneinfuhren sind mit 2,9% im zweiten Quartal weiter stark gestiegen. Die Dienstleistungsexporte hingegen sind um 1,2% zurückgegangen. Die schwachen Spezialhandelszahlen deuten darauf hin, dass die Lieferengpässe die Warenimporte im dritten Quartal spürbar belasten, so dass sie einen Rückgang von 1,8% verzeichnen dürften. Für das vierte Quartal ist zu erwarten, dass die Bedeutung dieser Knappheiten erheblich nachlässt und die Warenimporte wieder ausgeweitet werden.

Die Reisetätigkeit wird aufgrund des Impffortschritts und den damit verbundenen Lockerungen weiter zunehmen, so dass die Dienstleistungsimporte im zweiten Halbjahr kräftig expandieren dürften. Insgesamt ergibt sich für die Importe eine prognostizierte Jahresrate von 8,2% für das Jahr 2021. Nach dieser kräftigen Erholung dürften die Zuwachsraten der Importe allmählich wieder geringer werden. Für das Jahr 2022 erwarten wir einen Anstieg der Importe von 5,0% und von 2,9% für das Jahr 2023.

2.3 Erholung der Anlageinvestitionen verzögert sich weiter

Die Investitionsgüternachfrage entwickelt sich weiterhin schwach. Hier dürfte eine gewisse Zurückhaltung angesichts der weiterhin bestehenden Pandemie von Bedeutung sein. Vor allem aber sorgten hier wohl Materialengpässe bei der Produktion der Investitionsgüter dafür, dass das Volumen im zweiten Quartal mit 0,3% nur sehr verhalten ausgeweitet wurde. Damit lagen die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal 2021 weiterhin um 3,2 Mrd. Euro (5,5%) niedriger als im vierten Quartal 2019. Da sich die Lieferengpässe erst zum Jahresende verringern dürften, ist nur mit einer allmählichen Belebung der Investitionen zu rechnen. Zudem gibt es empirische Hinweise, dass sich Unternehmen vor nationalen Wahlen mit Investitionen zurückhalten (Julio und Yook 2012). Auch dies spricht dafür, dass Investitionen aufgeschoben werden. Allerdings lassen die hohe Kapazitätsauslastung im Produzierenden Gewerbe sowie die gute Auftragslage ab dem Winter eine dynamischere Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen erwarten. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für dieses Jahr einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von 6,4% und im kommenden Jahr von 7,2% (Tabelle 4). Im Jahr 2023 dürfte die Dynamik dann wieder etwas nachlassen und um 3,0% steigen.

Auch bei den Bauinvestitionen belasten die Materialengpässe die Investitionstätigkeit. Darüber hinaus sprechen die rückläufigen Auftragseingänge und die geringere Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten für eine gewisse Zurückhaltung bei den Investoren, die auch auf die kräftig steigenden Preise zurückzuführen sein dürfte. Allerdings scheinen sich hier die Probleme etwas zu verringern, da bei den ifo Umfragen seit dem zweiten Quartal der Anteil der Bauunternehmer/-Innen zurückgeht, die

von Baubehinderungen durch Materialengpässe berichten. Auch der Preisauftrieb bei einigen Materialien wie Bauholz scheint sich bereits abzuschwächen. Dazu passt, dass sich die Bauproduktion, mit Ausnahme des Ausbaugewerbes, am aktuellen Rand stabil entwickelt. Zudem lässt die steigende Zahl der Baugenehmigungen erwarten, dass die Bauinvestitionen bis zum Ende des Jahres wieder anziehen. Für den weiteren Prognosezeitraum dürfte dann die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnraum und staatliche Investitionsvorhaben der Bautätigkeit Schwung verleihen. Insgesamt rechnen wir für die Bauinvestitionen in diesem Jahr mit einem Plus von 1,4%. Im kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt mit 3,2% einen deutlich höheren Zuwachs verzeichnen. Im Jahr 2023 dürfte die Nachfrage nach Bauinvestitionen mit 1,6% wieder moderater ausgeweitet werden. Der Wohnungsbau dürfte sich dabei etwas dynamischer entwickeln als der Nichtwohnungsbau.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 4

RWI-Konjunkturprognose vom September 2021

2020 bis 2023, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021 ^p	2022 ^p	2023 ^p	Änderung zum Juni ¹⁰		
					2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt ¹	-4,6	3,5	4,9	1,2	0,2	-0,2	0,1
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	-3,2	1,6	5,0	1,0	0,0	-0,7	-0,2
Private Haushalte ²	-5,9	1,3	7,3	1,1	0,1	-1,4	-0,3
Staat	3,5	2,3	-0,2	0,9	-0,1	0,9	-0,1
Anlageinvestitionen	-2,2	2,7	4,4	2,2	0,5	-0,8	0,0
Bauten	2,5	1,4	3,2	1,6	0,2	-0,8	0,2
Ausrüstungen	-11,2	6,4	7,2	3,0	0,4	-1,6	-0,4
Sonstige Anlagen	1,0	0,5	3,4	2,7	2,1	0,3	0,1
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	-0,9	0,9	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0
Inländische Verwendung	-4,0	2,9	4,9	1,3	0,1	-0,1	-0,3
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,8	0,8	0,3	0,0	0,1	-0,2	0,4
Ausfuhr	-9,3	9,2	4,8	2,3	0,0	-1,9	-0,3
Einfuhr	-8,6	8,5	4,7	2,6	-0,1	-1,7	-1,4
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 898	44 910	45 570	45 930	80	80	330
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 695	2 640	2 390	2 330	0	0	-10
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,9	5,8	5,2	5,0	0,0	0,0	0,0
Verbraucherpreise ⁶	0,5	3,0	2,4	1,6	0,0	0,5	0,4
Lohnstückkosten ⁷	4,3	-0,5	-0,5	1,9	-0,2	0,3	0,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-145,2	-158	-63	-57	3,9	2,0	5,0
in % des nominalen BIP	-4,3	-4,5	-1,7	-1,4	0,2	0,1	0,2
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	233,9	242	246	253	1,8	18,0	33,0
in % des nominalen BIP	6,9	6,8	6,5	6,5	0,0	0,5	0,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^pEigene Prognose.

2.4 Kräftige Erholung des privaten Konsums

Das Sommerhalbjahr 2021, das dank steigender Impfquote eine vergleichsweise lockere Phase der Pandemie darstellt, ist gekennzeichnet von einer kräftigen Erholung des privaten Konsums. Im dritten Quartal dürfte sie sich sogar noch verstärken, da inzwischen viele Corona-Beschränkungen aufgehoben wurden und in dieser Prognose unterstellt ist, dass keine gravierenden Verschärfungen der Schutzmaßnahmen erfolgen. Unter dieser Annahme wird der private Konsum zum Jahreswechsel wieder sein Vorkrisenniveau erreichen. Eine stärkere Ausweitung des privaten Konsums im zweiten Halbjahr ist schon allein deshalb zu erwarten, weil im ersten Halbjahr Vorzieheffekte der temporären Mehrwertsteuersenkung in das zweite Halbjahr 2020 die Ausweitung gedämpft haben dürften.

Inzwischen dürften die stark steigenden Verbraucherpreise die real verfügbaren Einkommen deutlich schmälern und den privaten Konsum für sich genommen belasten. In dieser Prognose ist unterstellt, dass der starke Preisauftrieb bis Ende dieses Jahres anhält und sich danach allmählich abschwächt. Dementsprechend werden die Realeinkommen weiter belastet. Allerdings ist laut GfK die Konsumneigung jüngst weiter gestiegen, obwohl die Konjunktur- und Einkommenserwartungen im Juli wieder gesunken waren. Dies passt zu unserer Einschätzung, dass die privaten Haushalte angesichts der Lockerungen von Corona-Schutzmaßnahmen zu ihren normalen Konsumgewohnheiten zurückkehren. Dazu gehört auch, dass sie die Sparquote nun rasch auf das Vorkrisenniveau zurückführen, nachdem sie ihren Höhepunkt mit knapp 20% im ersten Quartal 2021 erreicht hatte und zuletzt bei 16,6% im zweiten Quartal lag. Dadurch dürfte der private Konsum über den gesamten Prognosezeitraum deutlich zulegen.

2.5 Staatskonsum normalisiert sich

Im Jahr 2020 ist der Staatskonsum im Zuge der Corona-Krise deutlich gestiegen. Dazu trugen unter anderem die Beschaffung von Schutzausrüstungen sowie die Subvention des Gesundheitswesens, etwa für das Freihalten von Krankenhausbetten, bei. Im laufenden Jahr dürfte der Zuwachs etwas schwächer ausfallen. Zwar erhöhen Impf- und Testkampagnen gegen Covid-19 den Staatskonsum merklich, dafür dürfte die Subvention des Gesundheitswesens nicht mehr wesentlich ausgeweitet werden. 2022 wird der Staatskonsum real wohl in etwa stagnieren, da keine kostenlosen Tests mehr bereitgestellt werden, die Impfkampagne weniger Kosten verursachen und die Subventionierung von Krankenhäusern zurückgenommen werden dürften. Im Jahr 2023 dürfte der Staatskonsum frei von Sondereffekten wieder zunehmen, wenn auch mit geringerem Tempo als während der Corona-Krise.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 5

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

2020 bis 2023; in %

	2020	2021 ^p	2022 ^p	2023 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	3,7	0,5
Jahresverlaufsrate ²	-2,9	5,0	1,8	1,4
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-4,9	3,5	5,0	1,4
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	-4,6	3,5	4,9	1,2

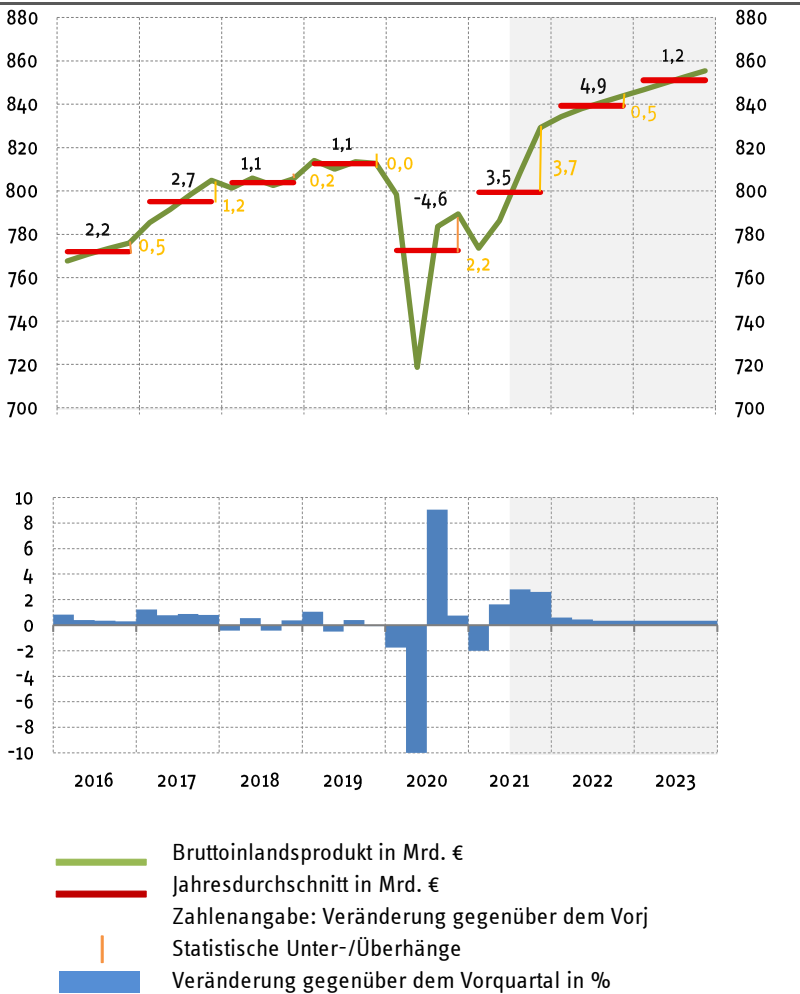
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Insgesamt ist zu erwarten, dass das BIP in diesem Jahr um 3,5% ausgeweitet wird. Damit revidieren wir unsere Prognose vom Juni geringfügig nach unten. Der Hauptgrund ist, dass durch die Lieferengpässe bei der Produktion die wirtschaftliche Erholung langsamer verläuft als zunächst erwartet. Dadurch verstärkt sich sogar noch der statistische Überhang, so dass wir unsere Prognose für das kommende Jahr leicht auf nun 4,9% anheben. Auch bei dieser Prognose wird das Vorkrisenniveau zur Jahreswende erreicht. Im Jahr 2023 dürfte sich die Zuwachsrates des BIP wieder der Rate des Potenzialwachstums annähern. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg des BIP um 1,2% (Tabelle 5).

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2016 bis 2023; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem dritten Quartal 2021 eigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2.6 Arbeitsmarkt steht vor Normalisierung

Die Folgen der Corona-Krise am Arbeitsmarkt spiegeln sich weiterhin in der Zahl der Menschen in Kurzarbeit wider. Besonders im Bereich der Dienstleistungen wie etwa dem Gastgewerbe sanken die Kurzarbeiterzahlen in Folge der Lockerungen in den vergangenen Monaten deutlich. Abhängig vom Pandemiegeschehen dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Allerdings sorgen die Lieferengpässe von Vorprodukten für einen Rückschlag in der Industrie, der sich in diesem Wirtschaftsbereich in leicht steigende Kurzarbeiterzahlen übersetzt. Davon ist insbesondere die Automobilbranche betroffen. Insgesamt dürfte die Zahl der Menschen in Kurzarbeit jedoch im Laufe des ersten Quartals 2022 wieder auf das Vorkrisenniveau sinken, sofern keine neuen drastischen Einschnitte im Zuge des Infektionsschutzes vorgenommen werden.

Durch den Rückgang der Kurzarbeit steigt die Arbeitszeit je Erwerbstätigen 2021 um 1,8%, während gleichzeitig die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 1,6% zunimmt. Auch 2022 steigen diese Werte mit der starken Erholung des BIP in ähnlichem Tempo. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2021 insgesamt etwa auf dem Niveau von 2020 liegen, wobei die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verlauf des Jahres leicht zunahm, die Zahl der Selbstständigen und ausschließlich geringfügig Beschäftigten allerdings aufgrund der Krisenanfälligkeit sank. 2022 und 2023 dürfte sich die Erwerbstätigkeit durch den Aufschwung am Arbeitsmarkt, den die Frühindikatoren (Schaubild 3) anzeigen, wieder deutlich mit 1,5% bzw. 0,8% steigen.

Tabelle 6

Arbeitsmarktbilanz

2017 bis 2023; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2017	2018	2019	2020	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61 471	62 113	62 539	59 454	60 567	62 352	62 506
Erwerbstätige Inland	44 251	44 858	45 268	44 898	44 913	45 572	45 932
Erwerbstätige Inländer	44 131	44 719	45 125	44 803	44 799	45 460	45 820
Selbständige	4 273	4 223	4 151	4 038	3 994	4 064	4 024
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	27	24	23	21	19	18	19
Arbeitnehmer (Inland)	39 978	40 635	41 117	40 860	40 919	41 508	41 908
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig							
Beschäftigte	32 234	32 964	33 518	33 579	33 827	34 184	34 473
Ausschließlich geringfügig							
Beschäftigte	4 742	4 671	4 579	4 290	4 137	4 393	4 402
Unterbeschäftigte (ohne Kurz-							
arbeiter)	3 517	3 285	3 200	3 519	3 432	3 154	3 056
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 533	2 340	2 267	2 695	2 641	2 389	2 326
Aktivierung und berufliche							
Eingliederung	216	191	210	173	177	179	179
Berufliche Weiterbildung	169	166	181	181	181	176	164
„Ein-Euro-Jobs“	100	94	98	100	98	99	100
Gründungszuschuss	23	21	20	18	17	18	18
Kurzarbeiter	114	118	145	2 939	1 707	145	145
Unterbeschäftigte (einschl.							
Kurzarbeiter) ²	3 563	3 330	3 248	4 736	4 278	3 202	3 105
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,7	5,2	5,0	5,9	5,8	5,2	5,0
Erwerbslosenquote ⁴	3,5	3,2	3,0	3,6	3,4	3,0	2,9

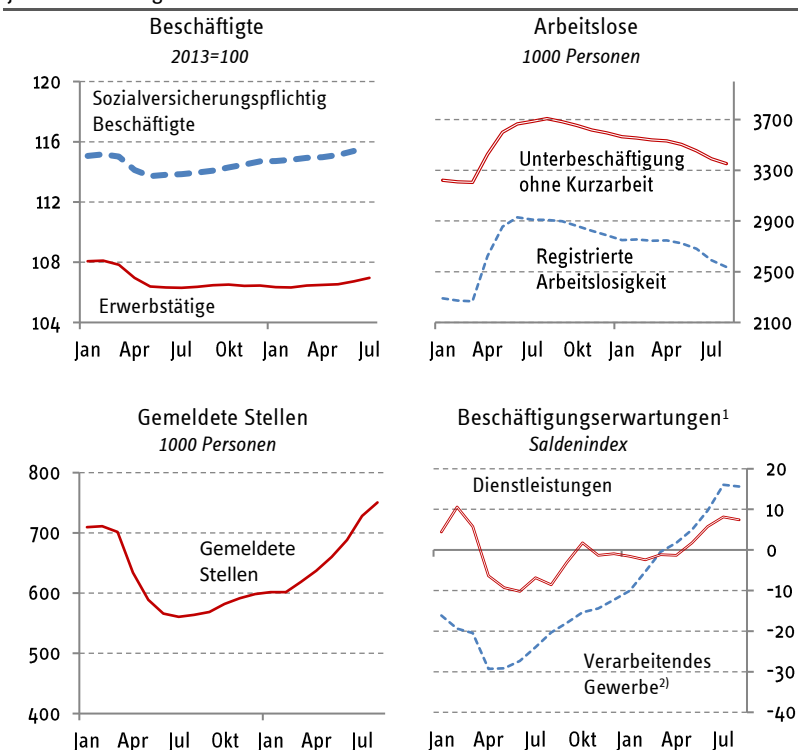
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 3

Indikatoren des Arbeitsmarktes

Jan 2020 bis Aug 2021



Eigene Berechnungen nach Angaben Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Bundesbank und des ifo Instituts. - 1in den kommenden drei Monaten -2Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungsmittel- und Tabakwarenherstellung.

2.7 Tariflöhne ausgebrems

Bei der Entwicklung der Tariflöhne zeigen sich die Auswirkungen der Krise mit einiger Verzögerung. Geltende Tarifverträge hatten 2020 noch dafür gesorgt, dass die Tariflöhne moderat erhöht wurden. Danach wurden neue Tarifabschlüsse verzögert und mit deutlich niedrigeren Raten vereinbart, so dass trotz mancher Corona-Sonderzahlungen 2021 mit einem schwachen Anstieg um 1,2%, 2022 um 2,1% und 2023 um 1,7% zu rechnen ist. Die Bruttolöhne und -gehälter, die 2020 einen spürbaren Einbruch zu verzeichnen hatten, dürften im laufenden und den kommenden Jahren

mit 3,2%, 4,9% und 3,2% wiederum deutlich stärker erhöht werden. Durch den Abbau der Kurzarbeit steigen die Effektivverdienste pro Kopf 2021 deutlich um 3,1%.

Kasten 2

Vorübergehend kräftiger Anstieg der Inflation

Der Anstieg der Verbraucherpreise der vergangenen Monate wurde zunächst durch Sondereffekte zu Jahresbeginn ausgelöst. Inzwischen tragen aber auch die gestiegenen Preise für Rohstoffe und Vorprodukte zum Anstieg der Verbraucherpreise bei.

Um die Bedeutung der einzelnen Faktoren zu quantifizieren, wird im Folgenden ein VAR-Modell nach Jimenez-Rodriguez und Morales-Zumaquero (2021) geschätzt. Darin sind drei Variablen enthalten: ein Rohstoffpreisindex (Primary Commodities vom IMF), ein Großhandelspreisindex (Destatis) und ein Verbraucherpreisindex (Destatis). Die Daten liegen monatlich vor und werden von Januar 1992 bis Juli 2021 verwendet. Die Variablen wurden in Veränderungsraten transformiert. Nach dem AIC wird die Lag-Länge des Modells auf 3 bestimmt. Die Schätzung erfolgt mittels Maximum Likelihood und einer Cholesky Zerlegung. Die Variablen nehmen die folgende Reihenordnung: Rohstoffpreise, Großhandelspreise und Verbraucherpreise mit einer unteren Dreiecksmatrix. Damit haben Schocks des Verbraucherpreisindex in der ersten Periode keine Auswirkung auf die Rohstoff- und Großhandelspreise.

Auf Basis des Modells wird eine Zerlegung der historischen Varianz der Verbraucherpreise vorgenommen, um die Bedeutung der einzelnen Schocks analysieren zu können (Schaubild). Dabei zeigt sich für den jüngsten Anstieg der Verbraucherpreise, dass zu Jahresbeginn vor allem direkte Schocks der Verbraucherpreise zum kräftigen Anstieg geführt haben. Dahinter verbergen sich die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und die Ausweitung der CO₂-Abgabe.

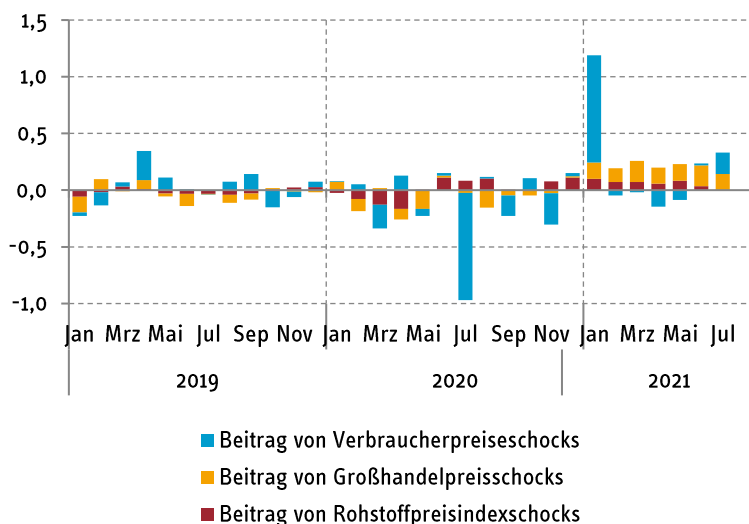
Darüber hinaus zeigt sich, dass Schocks der Rohstoffpreise bereits in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres zu einem deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise haben. Dieser Effekt hat sich aber bereits im Laufe dieses Jahres abgeschwächt. Derzeit kommen Schocks der Großhandelspreise eine große Bedeutung für die Verbraucherpreisentwicklung zu. Darin dürften sich neben gestiegenen Rohstoffpreisen auch die Preisanstiege von Nicht-Rohstoffen widerspiegeln.

Der erneute Anstieg der Verbraucherpreise dürfte seine Ursache ebenfalls zumindest teilweise in dem Durchwirken der Preisschocks auf den Vorstufen haben. Anscheinend steigen aber auch, z.B. Preise bei den Dienstleistungen stärker, die nicht mit den Anstiegen bei Vorprodukten zu erklären sind.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Historische Zerlegung der Wachstumsrate des Verbraucherpreisindex

Jan. 2019 bis Juli 2021; Beiträge in Prozentpunkten

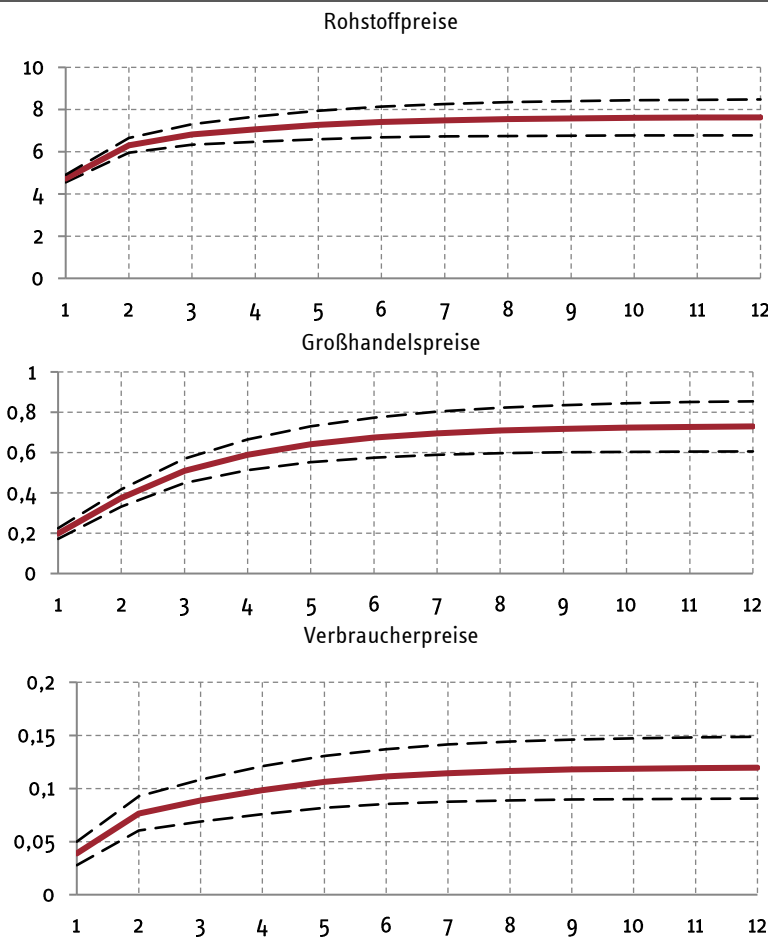


Historische Zerlegung der Wachstumsrate der Verbraucherpreisindex aus einem 3-variaten VAR Modell mit dem Rohstoffpreisindex, den Großhandelspreisen und dem Verbraucherpreisindex. Monatliche Veränderungsdaten von Februar 1992 bis Juli 2021. Identifikation nach Cholesky.

Um die Stärke der Preisschocks zu quantifizieren, wurden Impuls-Antwort-Folgen für einen Rohstoffpreisschock berechnet (Schaubild). Dabei zeigt sich, dass ein Schock der Rohstoffpreise von einer Standardabweichung nach einem Jahr zu einem Anstieg der Großhandelspreise von 0,7%-Punkten und der Verbraucherpreise von 0,1%-Punkten führt. Zudem zeigt sich, dass es etwa 6 Monate dauert, bis der Schock vollständig bei den Verbraucherpreisen angekommen ist. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Preisanstiege auf den Vorstufen einen deutlichen Beitrag zum kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise geleistet haben. Insbesondere die Anstiege bei den Rohstoffpreisen dürften bisher nur teilweise auf die Verbraucherpreise durchgewirkt haben. Da die Preise einiger wichtiger Rohstoffe zuletzt schon wieder gefallen sind, dürfte der Druck auf die Verbraucherpreise bis zum Ende des Jahres nachlassen.

Kumulierte Impuls-Antwort-Folgen verschiedener Preisindizes auf einen Rohstoffpreisschock

Veränderungsrate in %



Kumulierte Impuls-Antwort- Folgen des jeweiligen Preisindex von einem 3-variaten VAR Modell mit dem Rohstoffpreisindex, dem Großhandelspreisindex und dem Verbraucherpreisindex. Monatliche Veränderungsrate von Februar 1992 bis Juli 2021. Identifikation nach Cholesky Zerlegung. Schock zum Rohstoffpreisindex Schock (eine Standardabweichung).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

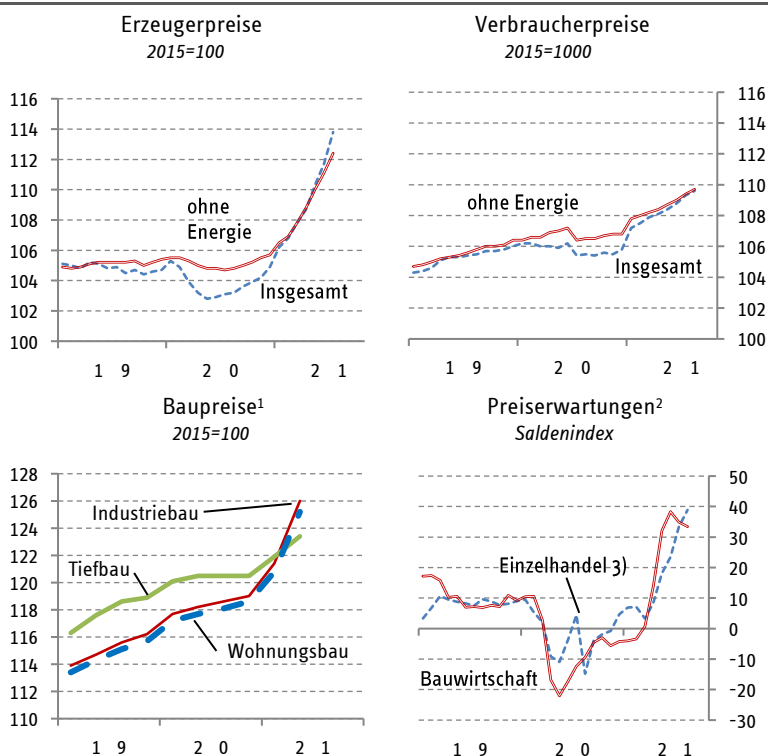
2.8 Vorübergehend kräftiger Preisanstieg

Seit Anfang des Jahres hat sich der Preisanstieg in Deutschland stark beschleunigt. Zu Jahresbeginn haben zunächst die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und die Ausweitung der CO₂-Abgabe die Preise deutlich erhöht. Inzwischen wirken steigende Preise für Rohstoffe und Vorprodukte durch die Produktionsketten durch und kommen nach und nach bei den Verbraucherpreisen an. So hat sich auch der Anstieg der Erzeugerpreise in den vergangenen Monaten deutlich beschleunigt. Im Juli betrug die Teuerungsrate 10% (Schaubild 4). Von den deutlich höheren Materialkosten sind viele Wirtschaftszweige der Industrie und des Bausektors betroffen.

Schaubild 4

Indikatoren der Preisentwicklung

Jan 2019 bis Aug 2021



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und des ifo Instituts. - ¹Nicht saisonbereinigt - ²Erwartungen der Unternehmen bezüglich der Preise in den kommenden drei Monaten. - ³Ohne Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

Allerdings sind auf den internationalen Märkten die Preise für einige Rohstoffe, wie Metalle und Holz bereits wieder gesunken. Bei vielen anderen Rohstoffen ist eine Abschwächung des Preisauftriebs noch nicht zu erkennen. Auch bei den Erzeugerpreisen in Deutschland, z.B. bei Metallen, ist eine Abschwächung noch nicht zu erkennen. Da Rohstoffpreisanstiege einige Monate brauchen, bis sie sich in steigenden Verbraucherpreisen niederschlagen, dürften die Verbraucherpreise noch einige Zeit deutlich steigen. Die Ursachen für steigende Rohstoff- und Vorproduktpreise dürften zum überwiegenden Teil mit den Lieferengpässen im Zuge der Corona-Pandemie in Zusammenhang stehen (vgl. Kasten). Wir gehen davon aus, dass der Preisdruck mit der Erholung von der Corona-Pandemie nach und nach nachlässt. Für dieses Jahr erwarten wir im Jahresdurchschnitt eine Teuerungsrate von 3,0%. Im kommenden Jahr dürfte sie dann auf 2,4% und im Jahr 2023 auf 1,6% zurückgehen.

2.9 Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum restriktiv

Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte im Jahr 2021 gut 158 Mrd. Euro betragen und damit nochmals höher als das des Vorjahres (145 Mrd. Euro) ausfallen. Zwar wurden die Umsatzsteuersätze nach der temporären Senkung im Vorjahr wieder angehoben (vgl. Tabelle 2) und die Einführung der CO₂-Bepreisung für fossile Brennstoffe dürfte erhebliche Mehreinnahmen generieren. Zudem ist Anfang des Jahres der durchschnittliche Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Demgegenüber steht jedoch eine Reihe einkommensmindernder steuerlicher Maßnahmen, insbesondere die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags, aber auch steuerliche Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise wie die Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie bis Ende 2022.

Ausgabenseitig belasten in diesem Jahr die Impf- und Testkampagne die öffentlichen Haushalte. Außerdem steigen die Subventionen um 33% im Vergleich zum Vorjahr. Dies liegt zum einen an Subventionen, mit denen die EEG-Umlage gesenkt wird. Zweitens werden 2022 umfangreichere Hilfen an von Verboten zum Zweck der Pandemiebekämpfung betroffene Unternehmen gezahlt als im Vorjahr. Die November- und Dezemberhilfen 2020 flossen überwiegend erst 2021. Im Zuge der Überbrückungshilfe III werden im laufenden Jahr wohl etwa 25 Mrd. Euro an Unternehmen ausgezahlt, ein guter Teil in der zweiten Jahreshälfte. Zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers in Teilen Deutschlands im Juli dieses Jahres wurde ein Sondervermögen mit 30 Mrd. Euro ausgestattet, mit dem die beschädigte Infrastruktur wieder hergestellt und Betroffene kompensiert werden sollen. Dieser Betrag ist nicht unmittelbar defizitwirksam, relevant ist vielmehr der Mittelabfluss, bzw. der Baufortschritt im Fall öffentlicher Bauten. Wir gehen von einer Jahreswirkung unter 1 Mrd. Euro aus. Die ab Anfang des Jahres geltende Grundrente verursacht jährliche Kosten von

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

rund 1,7 Mrd. Euro, die Umsetzung verzögert sich allerdings, so dass 2021 Zahlungen in geringerer Höhe erfolgen, die 2022 nachgeholt werden.

Tabelle 7

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Prozent des BIP

	2019	2020	2021 ^P	2022 ^P	2023 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,3	-4,5	-1,7	-1,7
-Konjunkturkomponente ¹	0,6	-2,8	-1,5	0,4	0,4
=konjunkturbereinigter Fin.-saldo	0,9	-1,5	-2,9	-2,0	-2,0
-Einmaleffekte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	0,9	-1,5	-2,9	-2,0	-2,0
+Zinsausgaben	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5
=struktureller Primärsaldo	1,7	-0,9	-2,4	-1,6	-1,6

¹Berechnet mit Budgetsemi-elasticität von 0,55. ^PEigene Prognose

Im kommenden Jahr dürfte das Finanzierungsdefizit knapp 63 Mrd. Euro betragen. Während die Staatseinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung weiter steigen, dürften die Ausgaben zurückgehen. Unternehmenshilfen dürften ebenso wie die Unterstützung der Krankenhäuser weitgehend wegfallen. Zudem werden Subventionen zur Stabilisierung der EEG-Umlage im Rahmen des Konjunkturprogramms in geringerer Höhe gezahlt werden.

2023 rechnen wir mit einem Finanzierungsdefizit von knapp 57 Mrd. Euro. Zum Ausgleich der kalten Progression dürfte der Tarif der Einkommensteuer angepasst werden. Haushaltsentlastend wirkt, dass die Impfkampagne weiter zurückgefahren werden dürfte und die Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie auslaufen wird. Zudem dürfte der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte steigen. Beim Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung rechnen wir mit einem Anstieg um 0,1 Prozentpunkte.

Die finanzpolitischen Maßnahmen wirken im laufenden Jahr haushaltsbelastend und in den kommenden beiden Jahren entlastend. Damit ist die Finanzpolitik nach der Maßnahmenmethode 2021 expansiv ausgerichtet und in den kommenden beiden Jahren restriktiv. Ausweislich der Saldenmethode (Tabelle 7) ist die Finanzpolitik 2021 expansiv ausgerichtet. 2022 wird das strukturelle Primärdefizit geringer ausfallen, weil das Finanzierungsdefizit deutlich geringer ist als 2021. Damit ist die Finanzpolitik 2022 auch nach der Saldenmethode restriktiv. 2023 bleibt der strukturelle Primärsaldo unverändert; die Finanzpolitik ist damit neutral.

2.10 Risiken

Die Corona-Pandemie stellt für die wirtschaftliche Erholung in Deutschland nach wie vor ein beachtliches Risiko dar. Da bedeutende Teile der Bevölkerung noch nicht geimpft sind und sich Covid-19 in dieser Gruppe schnell ausbreitet, besteht nach wie vor das Risiko, dass sich die Hospitalisierungsrate von Corona-Patienten in den kommenden Wochen schnell erhöht. Diese Kennzahl wurde nun durch eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes zur wichtigsten Größe bestimmt, um Infektionsschutzmaßnahmen einzuführen bzw. aufzuheben. Sie gibt an, wie viele Patienten in den Kliniken je 100.000 Einwohner in sieben Tagen eingeliefert werden. Um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, könnten erneut einschneidende Maßnahmen notwendig werden, die die wirtschaftliche Erholung weiter hinauszögern oder sogar erneut unterbrechen.

Neben einem erneuten Shutdown, wie er im vergangenen Winter eingeführt wurde, besteht nun durch die Impffortschritte auch die Möglichkeit, den Zugang zu kontaktintensiven Dienstleistungen nur für Geimpfte und Genesene zu erlauben (2G). Maßnahmen dieser Art sind im Verlauf des kommenden Winterhalbjahres durchaus wahrscheinlich. Um die gesamtwirtschaftlichen Effekte dieser Maßnahmen auf die Wertschöpfung zu schätzen, wird davon ausgegangen, dass die Maßnahmen im vierten Quartal 2021 eingeführt und im zweiten Quartal 2022 wieder aufgehoben werden. Es wird angenommen, dass beide Maßnahmen ausschließlich die Bruttowertschöpfung der kontaktintensiven Dienstleistungen mindern. In diesem Fall sind Wertschöpfungsverluste vom 13 Mrd. € zu erwarten. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen und ein erneuter Shutdown wie im vergangenen Winter notwendig werden, dürften die Wertschöpfungsverluste mit 52 Mrd. € deutlich höher ausfallen. Dabei wird unterstellt, dass zum Ende des Jahres 25% der Menschen nicht geimpft sind und damit deutlich weniger Menschen von den kontaktintensiven Dienstleistungen ausgeschlossen werden als bei einem Lockdown.

Das derzeit wohl größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Erholung sind die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten. Ein Risiko besteht darin, dass durch die Engpässe die Lager bei den Herstellern aufgebraucht sind und die Produktionsprozesse anfällig für Störungen sind. Zudem ist die finanzielle Situation vieler Unternehmen durch die Folgen der Corona-Pandemie noch angespannt, so dass zusätzliche größere Störungen Unternehmen in die Insolvenz treiben könnten. Dadurch könnten neue Schocks deutlich größere negative Effekte haben als üblich. Darüber hinaus gehen die Materialknappheiten mit zum Teil kräftigen Preissteigerungen bei den jeweiligen Materialien einher. Diese Preissteigerungen werden letztlich zu stark

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

steigenden Verbraucherpreisen führen. Sollte sich der Anstieg der Verbraucherpreise, z.B. durch stärkere Lohnanstiege verfestigen, dürfte die Erholung stärker gebremst werden als in dieser Prognose unterstellt.

Durch die stärker steigende Inflation könnten auch die Notenbanken gezwungen werden, ihren geldpolitischen Kurs schneller und stärker zu straffen als in dieser Prognose unterstellt. Dadurch würde das Tempo der realwirtschaftlichen Erholung gedämpft. Wie bei dem Ausstieg der aus der ultralockeren Geldpolitik nach der Finanzkrise könnten damit Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten verbunden sein, da internationale Investoren ihre Portfolios anpassen (Milstein et al., 2021). Wie bereits in der Prognose vom Juni dargestellt (Schmidt et al., 2021), sind einige Finanzmärkte recht hoch bewertet und bergen das Risiko von kräftigen Kurskorrekturen, die vor allem die Investitionsbereitschaft der Unternehmen reduzieren könnte.

Literatur

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

Helper, S. und E. Soltas (2021), Why the Pandemic Has Disrupted Supply Chains, The White House Blog Juni 17, 2021; <https://www.whitehouse.gov/cea/blog/2021/06/17/why-the-pandemic-has-disrupted-supply-chains>.

Jimenez-Rodriguez, R. und A. Morales-Zumaquero (2021), Commodity price pass-through along the pricing chain, Review of World Economics, doi:<https://doi.org/10.1007/s10290-021-00425-2>

Julio, B. und Y. Yook (2012). Political uncertainty and corporate investment cycles. The Journal of Finance, 67 (1), 45-83.

Küchenhoff, H., F. Günther, W. Hartl, M. Weigert, H. Kümpel, D. Schlichting, G. Kaufmann und M. Rave (2021), Aktuelle Lage: Belegung von Intensivbetten und Schätzung der Neuaufnahmen auf Intensivstationen Codag Bericht Nr 13; <https://eu-central-1.protection.sophos.com?d=unmuenchen.de&u=aHR0cHM6Ly93d3cuY292aWQxO55zdGF0aXN0aW5udW5pLW11ZW5jaGVuLmRlL3BkZnMvY29kYWdfYmVyaWNodF8xMy5wZGY=&i=NjAwMDFKyJFIYzI5YzI0MTU2MGZhNWZm&t=M1VXaHRDWmExR1A2a0pXa2JpeHRxZ0dYQzd6a3NRdmtCT0lRWXRRamI5TT0=&h=8261e4f1bb114f4fbb88b6437151afeb>.

Milstein, E., T. Powell und D. Wessel Thursday (2021), What does the Federal Reserve mean when it talks about tapering? Brookings blog, Up-Front July 15, 2021; <https://www.brookings.edu/blog/up-front/2021/07/15/what-does-the-federal-reserve-mean-when-it-talks-about-tapering/>

Schmidt, T., G. Barabas, N. Benner, N. Isaak, R. Jessen und P. Schacht (2021a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Rasche wirtschaftliche Erholung bei Eindämmung der Corona-Pandemie. RWI Konjunkturberichte 72 (1): 37-76.

[Schmidt, T.](#), [G. Barabas](#), [N. Benner](#), [N. Isaak](#), [R. Jessen](#), [F. Kirsch](#), [P. Schacht](#) und K. Weyerstraß (2021b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2021. RWI Konjunkturberichte 72 (2): 5-33.

Wohlrabe, K. (2021) Materialengpässe in der Industrie: Wer ist betroffen, und wie reagieren die Unternehmen?, ifo Schnelldienst 74(9).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2020; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 050,3	2 055,2	360,5	634,7	-
2 - Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	-
3 = Nettowertschöpfung	2 391,9	1 671,6	278,8	441,5	-192,8
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 847,9	1 330,5	284,1	233,2	15,7
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	26,8	16,8	0,6	9,4	-
6 + Empf. s. Subventionen	67,5	46,5	0,1	20,9	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	584,7	370,7	-5,8	219,7	-208,5
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 852,1	-	-	1 852,1	11,4
9 - Gel. Subventionen	71,3	-	71,3	-	5,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	345,9	-	345,9	-	7,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	581,8	542,6	21,0	18,3	175,3
12 + Empf. Vermögenseinkommen	673,3	327,8	19,8	325,7	83,8
13 = Primäreinkommen	2 802,8	156,0	267,6	2 379,3	-286,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	417,2	74,4	-	342,8	10,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	427,6	-	427,6	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	746,8	-	-	746,8	3,8
17 + Empf. Sozialbeiträge	747,3	138,5	607,9	0,9	3,2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	666,7	70,8	595,1	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	659,1	-	-	659,1	8,3
20 - Gel. s. lauf. Transfers	367,4	198,3	82,5	86,6	57,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	315,9	178,6	24,2	113,0	109,1
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	-238,3
23 - Konsumausgaben	2 462,6	-	754,6	1 708,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-59,9	-	59,9	-
25 = Sparen	292,0	69,7	-104,8	327,1	-238,3
26 - Gel. Vermögenstransfers	82,1	19,7	48,0	14,5	4,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	69,7	30,4	15,5	23,8	16,4
28 - Bruttoinvestitionen	712,2	399,8	90,9	221,5	-
29 + Abschreibungen	658,4	383,5	81,8	193,2	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-0,5	-0,0	-1,2	0,7	0,5
31 = Finanzierungssaldo	226,3	64,2	-145,2	307,4	-226,3
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 754,6	129,6	649,8	1 975,2	-238,3
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-472,2	472,2	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 754,6	129,6	177,6	2 447,4	-238,3

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 72 (3)

Hauptaggregate der Sektoren

2021; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 221,4	2 193,7	372,0	655,7	-
2 - Abschreibungen	680,6	395,6	84,9	200,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 540,8	1 798,1	287,2	455,5	-198,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 905,6	1 370,0	292,5	243,1	16,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	34,9	24,8	0,7	9,4	-
6 + Empf. s. Subventionen	73,3	52,0	0,1	21,2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	673,5	455,3	-5,9	224,1	-214,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 909,3	-	-	1 909,3	12,6
9 - Gel. Subventionen	93,1	-	93,1	-	4,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	381,9	-	381,9	-	7,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	557,9	521,7	18,9	17,4	183,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	659,0	327,4	16,2	315,4	82,5
13 = Primäreinkommen	2 972,7	261,0	280,2	2 431,4	-300,8
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	420,6	83,9	-	336,7	11,6
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	431,6	-	431,6	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	769,9	-	-	769,9	3,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	770,6	140,0	629,7	0,9	3,2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	683,7	72,7	610,1	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	675,8	-	-	675,8	8,5
20 - Gel. s. lauf. Transfers	377,1	199,5	89,4	88,2	56,3
21 + Empf. s. lauf. Transfers	321,7	177,8	25,2	118,7	111,7
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 921,1	222,7	667,3	2 031,2	-249,2
23 - Konsumausgaben	2 563,1	-	783,7	1 779,4	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-60,9	-	60,9	-
25 = Sparen	358,0	161,8	-116,4	312,6	-249,2
26 - Gel. Vermögenstransfers	86,9	20,1	51,7	15,1	4,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	74,7	33,1	16,3	25,4	16,2
28 - Bruttoinvestitionen	789,5	455,9	92,8	240,8	-
29 + Abschreibungen	680,6	395,6	84,9	200,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	1,3	1,8	-1,3	0,8	-1,3
31 = Finanzierungssaldo	235,7	112,7	-158,4	281,4	-235,7
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 921,1	222,7	667,3	2 031,2	-249,2
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-492,3	492,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 921,1	222,7	175,0	2 523,4	-249,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2022; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 427,3	2 327,6	383,9	715,8	-
2 - Abschreibungen	708,9	411,1	88,1	209,7	-
3 = Nettowertschöpfung	2 718,4	1 916,5	295,8	506,1	-194,8
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 988,0	1 429,2	301,1	257,7	17,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	36,5	26,2	0,7	9,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	31,4	29,5	0,1	1,8	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	725,2	490,7	-5,9	240,5	-212,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 992,0	-	-	1 992,0	13,5
9 - Gel. Subventionen	47,0	-	47,0	-	4,9
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	409,7	-	409,7	-	7,6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	551,8	517,0	18,1	16,7	191,3
12 + Empf. Vermögenseinkommen	659,0	315,8	19,6	323,6	84,1
13 = Primäreinkommen	3 187,1	289,4	358,3	2 539,3	-303,1
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	434,7	84,2	-	350,4	11,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	445,3	-	445,3	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	791,0	-	-	791,0	4,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	791,7	141,4	649,4	0,9	3,3
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	691,5	76,1	614,6	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	683,4	-	-	683,4	8,7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	381,0	199,5	92,4	89,1	56,9
21 + Empf. s. lauf. Transfers	327,4	178,6	25,8	123,0	110,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 136,7	249,6	771,9	2 115,2	-252,8
23 - Konsumausgaben	2 746,3	-	794,1	1 952,1	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-66,1	-	66,1	-
25 = Sparen	390,5	183,5	-22,2	229,2	-252,8
26 - Gel. Vermögenstransfers	82,4	20,7	46,1	15,5	4,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	69,9	26,9	16,8	26,1	16,7
28 - Bruttoinvestitionen	846,6	494,6	100,5	251,4	-
29 + Abschreibungen	708,9	411,1	88,1	209,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	1,3	1,8	-1,3	0,8	-1,3
31 = Finanzierungssaldo	239,0	104,4	-62,6	197,2	-239,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 136,7	249,6	771,9	2 115,2	-252,8
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-495,3	495,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 136,7	249,6	276,6	2 610,5	-252,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 72 (3)

Hauptaggregate der Sektoren

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 527,8	2 394,0	396,6	737,1	-
2 - Abschreibungen	730,2	422,6	91,5	216,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 797,6	1 971,5	305,1	521,0	-198,4
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 055,3	1 477,5	310,5	267,2	18,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	38,3	27,7	0,7	9,8	-
6 + Empf. s. Subventionen	32,8	30,9	0,1	1,8	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	736,8	497,1	-6,0	245,7	-216,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 059,4	-	-	2 059,4	14,3
9 - Gel. Subventionen	49,5	-	49,5	-	5,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	425,5	-	425,5	-	7,9
11 - Gel. Vermögenseinkommen	547,9	516,4	15,4	16,0	196,1
12 + Empf. Vermögenseinkommen	659,0	318,4	20,2	320,3	85,0
13 = Primäreinkommen	3 283,4	299,2	374,8	2 609,3	-310,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	445,6	86,1	-	359,5	12,0
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	457,0	-	457,0	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	818,4	-	-	818,4	4,2
17 + Empf. Sozialbeiträge	819,2	142,7	675,5	0,9	3,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	719,3	78,7	639,7	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	711,0	-	-	711,0	8,9
20 - Gel. s. lauf. Transfers	387,5	199,5	98,0	90,0	57,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	333,2	184,0	26,4	122,8	111,7
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 232,9	261,7	796,1	2 175,1	-260,3
23 - Konsumausgaben	2 820,3	-	817,7	2 002,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-73,3	-	73,3	-
25 = Sparen	412,6	188,4	-21,6	245,9	-260,3
26 - Gel. Vermögenstransfers	84,3	21,1	47,3	15,9	4,3
27 + Empf. Vermögenstransfers	71,5	24,5	20,4	26,7	17,0
28 - Bruttoinvestitionen	882,6	520,8	100,9	260,9	-
29 + Abschreibungen	730,2	422,6	91,5	216,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	1,3	1,8	-1,3	0,8	-1,3
31 = Finanzierungssaldo	246,2	91,8	-56,6	211,0	-246,2
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 232,9	261,7	796,1	2 175,1	-260,3
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-506,1	506,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 232,9	261,7	289,9	2 681,3	-260,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	- 0,8	0,0	1,5	0,8	1,6	1,4	0,9	0,6
Arbeitsvolumen	- 4,9	1,9	2,9	0,2	4,8	1,3	1,0	- 0,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 4,2	1,8	1,5	- 0,5	3,1	- 0,1	0,1	- 1,1
Produktivität ¹	0,4	1,6	1,9	1,0	2,5	1,3	0,4	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 4,6	3,5	4,9	1,2	7,4	2,5	1,4	1,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 462,6	2 563,1	2 746,3	2 820,3	1 345,3	1 401,0	1 383,3	1 437,0
Private Haushalte ²	1 708,0	1 779,4	1 952,1	2 002,6	956,3	995,8	985,9	1 016,7
Staat	754,6	783,7	794,1	817,7	388,9	405,2	397,4	420,3
Anlageinvestitionen	735,9	783,6	840,6	876,3	402,1	438,5	422,6	453,7
Bauten	380,1	408,0	437,7	457,1	211,6	226,0	223,0	234,1
Ausrüstungen	216,9	234,3	254,4	264,2	120,2	134,2	126,1	138,1
Sonstige Anlageinvestitionen	138,9	141,4	148,5	154,9	70,2	78,2	73,4	81,5
Vorratsveränderung ³	- 23,7	5,8	6,0	6,3	8,1	- 2,1	5,1	1,2
Inländische Verwendung	3 174,8	3 352,6	3 592,8	3 702,8	1 755,4	1 837,5	1 811,0	1 891,9
Außenbeitrag	192,8	198,7	194,8	198,4	108,1	86,7	112,5	85,9
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	5,7	5,6	5,1	5,1	5,8	4,5	5,9	4,3
Exporte	1 462,1	1 673,9	1 817,2	1 878,6	899,6	917,6	937,8	940,8
Importe	1 269,3	1 475,2	1 622,4	1 680,2	791,5	830,9	825,3	855,0
Bruttoinlandsprodukt	3 367,6	3 551,2	3 787,6	3 901,2	1 863,5	1 924,1	1 923,5	1 977,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 1,8	4,1	7,1	2,7	11,0	3,7	2,8	2,6
Private Haushalte ²	- 5,3	4,2	9,7	2,6	15,3	4,8	3,1	2,1
Staat	7,0	3,9	1,3	3,0	1,6	1,1	2,2	3,7
Anlageinvestitionen	- 0,9	6,5	7,3	4,3	8,4	6,3	5,1	3,5
Bauten	4,4	7,4	7,3	4,4	8,7	5,9	5,4	3,6
Ausrüstungen	- 10,0	8,0	8,6	3,9	9,6	7,6	4,9	2,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,4	1,8	5,0	4,4	5,1	5,0	4,5	4,2
Inländische Verwendung	- 3,1	5,6	7,2	3,1	10,0	4,6	3,2	3,0
Exporte	- 9,7	14,5	8,6	3,4	11,6	5,8	4,2	2,5
Importe	- 10,8	16,2	10,0	3,6	13,7	6,7	4,3	2,9
Bruttoinlandsprodukt	- 3,0	5,5	6,7	3,0	9,2	4,3	3,2	2,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 294,7	2 331,9	2 448,9	2 474,2	1 205,9	1 242,9	1 219,6	1 254,6
Private Haushalte ²	1 615,2	1 636,4	1 755,7	1 775,0	861,6	894,1	875,0	900,0
Staat	678,5	694,2	693,1	699,2	344,2	348,9	344,7	354,5
Anlageinvestitionen	664,4	682,5	712,6	728,4	342,1	370,5	352,5	375,9
Bauten	324,5	329,2	339,6	344,9	165,2	174,4	169,2	175,7
Ausrüstungen	207,9	221,1	237,1	244,3	111,9	125,1	116,5	127,7
Sonstige Anlageinvestitionen	130,3	131,0	135,5	139,1	64,4	71,1	66,3	72,9
Inländische Verwendung	2 941,5	3 025,5	3 172,8	3 214,4	1 558,8	1 614,0	1 580,4	1 634,0
Exporte	1 431,4	1 563,7	1 638,5	1 676,5	813,9	824,6	839,4	837,1
Importe	1 278,2	1 386,9	1 452,8	1 490,8	710,7	742,1	734,0	756,8
Bruttoinlandsprodukt	3 096,7	3 205,2	3 361,5	3 403,0	1 663,0	1 698,5	1 687,0	1 716,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

RWI Konjunkturbericht 72 (3)

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 3,2	1,6	5,0	1,0	8,5	1,8	1,1	0,9
Private Haushalte ²	- 5,9	1,3	7,3	1,1	12,3	2,9	1,6	0,7
Staat	3,5	2,3	- 0,2	0,9	0,5	- 0,8	0,1	1,6
Anlageinvestitionen	- 2,2	2,7	4,4	2,2	4,9	4,0	3,0	1,5
Bauten	2,5	1,4	3,2	1,6	3,5	2,8	2,4	0,8
Ausrüstungen	- 11,2	6,4	7,2	3,0	8,0	6,5	4,1	2,1
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	0,5	3,4	2,7	3,5	3,3	2,9	2,5
Inländische Verwendung	- 4,0	2,9	4,9	1,3	7,3	2,6	1,4	1,2
Exporte	- 9,3	9,2	4,8	2,3	5,8	3,8	3,1	1,5
Importe	- 8,6	8,5	4,7	2,6	5,3	4,2	3,3	2,0
Bruttoinlandsprodukt	- 4,6	3,5	4,9	1,2	7,4	2,5	1,4	1,0

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	2,8	2,2	1,5	2,7	1,8	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	3,3	1,5	1,5	2,1	1,1	1,9	2,0	2,1
Anlageinvestitionen	1,4	3,7	2,7	2,0	3,3	2,2	2,0	2,0
Bauten	1,9	5,8	4,0	2,8	5,1	3,0	2,9	2,8
Ausrüstungen	1,3	1,6	1,3	0,8	1,5	1,1	0,8	0,8
Exporte	- 0,4	4,8	3,6	1,0	5,4	1,9	1,1	1,0
Importe	- 2,4	7,1	5,0	0,9	8,0	2,4	1,0	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,9	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 379,3	2 431,4	2 539,3	2 609,3	1 248,3	1 291,0	1 280,3	1 329,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	338,0	347,4	352,9	367,3	169,7	183,2	176,5	190,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 514,1	1 561,9	1 639,1	1 692,1	779,4	859,7	804,5	887,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	522,1	547,3	550,0	299,3	248,0	299,3	250,7
Primäreinkommen der übr. Sektoren	423,6	541,3	647,8	674,0	307,8	339,9	325,0	349,1
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 802,8	2 972,7	3 187,1	3 283,4	1 556,2	1 630,9	1 605,2	1 678,1
Abschreibungen	658,4	680,6	708,9	730,2	352,7	356,2	365,1	365,1
Bruttonationaleinkommen	3 461,3	3 653,3	3 896,0	4 013,5	1 908,8	1 987,1	1 970,3	2 043,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 528,2	2 683,9	2 824,4	2 907,3	1 376,3	1 448,1	1 414,9	1 492,4
Arbeitnehmerentgelt	1 852,1	1 909,3	1 992,0	2 059,4	949,0	1 043,0	981,0	1 078,4
Unternehmens- und Verm.einkomm	676,1	774,6	832,4	847,9	427,3	405,2	433,9	414,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	- 1,6	2,2	4,4	2,8	5,4	3,5	2,6	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,0	2,8	1,6	4,1	0,3	2,8	4,0	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	- 0,7	3,2	4,9	3,2	5,7	4,3	3,2	3,2
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	- 0,1	3,1	3,4	2,2	4,2	2,7	2,1	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,5	- 1,0	4,8	0,5	7,9	1,4	0,0	1,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	- 19,8	27,8	19,7	4,1	36,5	7,7	5,6	2,7
Nettonationaleink. (Primäreink.)	- 4,9	6,1	7,2	3,0	10,4	4,3	3,2	2,9
Abschreibungen	3,0	3,4	4,1	3,0	4,0	4,3	3,5	2,5
Bruttonationaleinkommen	- 3,5	5,5	6,6	3,0	9,2	4,3	3,2	2,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	- 3,1	6,2	5,2	2,9	7,5	3,1	2,8	3,1
Arbeitnehmerentgelt	- 0,2	3,1	4,3	3,4	4,7	4,0	3,4	3,4
Unternehmens- und Verm.einkomm.	- 10,2	14,6	7,5	1,9	14,4	1,0	1,6	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 540,1	1 602,1	1 659,1	1 726,1	790,2	868,9	823,9	902,2
Nettolöhne und -gehälter	1 021,3	1 069,8	1 121,6	1 163,1	523,9	597,8	544,0	619,1
Monetäre Sozialleistungen	659,1	675,8	683,4	711,0	339,0	344,4	353,6	357,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,3	143,5	146,0	148,0	72,7	73,2	73,7	74,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	522,1	547,3	550,0	299,3	248,0	299,3	250,7
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 92,1	- 93,1	- 91,2	- 100,9	- 44,9	- 46,2	- 50,8	- 50,1
Verfügbares Einkommen	1 975,2	2 031,2	2 115,2	2 175,1	1 044,5	1 070,7	1 072,4	1 102,8
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	59,9	60,9	66,1	73,3	32,1	34,0	35,9	37,4
Konsumausgaben	1 708,0	1 779,4	1 952,1	2 002,6	956,3	995,8	985,9	1 016,7
Sparen	327,1	312,6	229,2	245,9	120,2	109,0	122,3	123,5
Sparquote (%) ⁶	16,1	14,9	10,5	10,9	11,2	9,9	11,0	10,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,9	4,0	3,6	4,0	3,0	4,0	4,3	3,8
Nettolöhne und -gehälter	- 0,1	4,7	4,8	3,7	5,8	4,0	3,8	3,6
Monetäre Sozialleistungen	8,1	2,5	1,1	4,0	- 1,2	3,5	4,3	3,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,8	2,3	1,7	1,4	2,1	1,4	1,4	1,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,5	- 1,0	4,8	0,5	7,9	1,4	0,0	1,1
Verfügbares Einkommen	0,8	2,8	4,1	2,8	4,8	3,5	2,7	3,0
Konsumausgaben	- 5,3	4,2	9,7	2,6	15,3	4,8	3,1	2,1
Sparen	49,6	- 4,4	26,7	7,3	38,8	- 6,3	1,7	13,4

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	773,4	813,6	854,9	882,5	432,6	422,4	447,2	435,4
Nettosozialbeiträge	607,9	629,7	649,4	675,5	314,3	335,2	326,8	348,8
Vermögenseinkommen	19,8	16,2	19,6	20,2	10,6	9,0	10,9	9,4
Sonstige Transfers	24,2	25,2	25,8	26,4	11,8	14,0	12,1	14,3
Vermögenstransfers	15,5	16,3	16,8	20,4	7,7	9,1	9,0	11,4
Verkäufe	125,9	128,8	132,3	136,0	60,9	71,4	62,6	73,4
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 566,9	1 629,8	1 699,0	1 761,2	837,9	861,2	868,5	892,7
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	520,5	541,1	543,3	557,7	264,3	279,0	268,2	289,5
Arbeitnehmerentgelt	284,1	292,5	301,1	310,5	144,5	156,6	149,1	161,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	18,9	18,1	15,4	9,9	8,2	8,5	7,0
Subventionen	71,3	93,1	47,0	49,5	23,5	23,5	24,2	25,2
Monetäre Sozialleistungen	595,1	610,1	614,6	639,7	304,8	309,8	318,2	321,6
Sonstige laufende Transfers	82,5	89,4	92,4	98,0	44,7	47,7	46,9	51,0
Vermögenstransfers	48,0	51,7	46,1	47,3	17,1	29,0	17,5	29,8
Bruttoinvestitionen	90,9	92,8	100,5	100,9	43,2	57,3	43,2	57,7
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	- 1,2	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 712,1	1 788,2	1 761,7	1 817,7	851,4	910,3	875,1	942,6
Finanzierungssaldo	- 145,2	- 158,4	- 62,6	- 56,6	- 13,6	- 49,1	- 6,6	- 49,9

RWI Konjunkturbericht 72 (3)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

Voraussetzung für die Jahre 2021 bis 2023								
	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	- 6,5	5,2	5,1	3,2	6,3	3,9	3,4	3,1
Nettosozialbeiträge	1,6	3,6	3,1	4,0	2,9	3,4	4,0	4,1
Vermögenseinkommen	- 8,9	- 18,1	21,2	3,2	42,0	3,4	2,9	3,6
Sonstige Transfers	- 6,5	4,2	2,3	2,3	2,4	2,1	2,4	2,2
Vermögenstransfers	13,5	5,0	3,0	21,3	3,2	2,8	16,3	25,6
Verkäufe	- 0,7	2,3	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	- 2,9	4,0	4,2	3,7	5,0	3,6	3,7	3,7
Ausgaben								
Vorleistungen ^a	7,4	4,0	0,4	2,7	0,8	0,0	1,5	3,8
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,0	2,9	3,1	2,7	3,1	3,1	3,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 23,4	- 9,9	- 4,2	- 14,7	- 4,1	- 4,3	- 14,7	- 14,6
Subventionen	130,2	30,6	- 49,5	5,3	- 56,4	- 40,0	3,1	7,5
Monetäre Sozialleistungen	8,9	2,5	0,7	4,1	- 2,0	3,5	4,4	3,8
Sonstige laufende Transfers	10,5	8,3	3,4	6,0	3,3	3,4	5,0	7,0
Vermögenstransfers	10,2	7,8	- 10,7	2,5	- 11,3	- 10,4	2,5	2,5
Bruttoinvestitionen	8,7	2,1	8,3	0,4	9,9	7,1	- 0,1	0,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögengsgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,6	4,4	- 1,5	3,2	- 3,2	0,1	2,8	3,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ^aEinschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.